Nr. 93. 9. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6662.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt I, Nr. 4186.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 21. April 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Abkehrscheine und Entlassungsgründe in der Novelle zum preußischen Berggesetz.

Nachdem an dieser Stelle aller Jammer besprochen worden ist, den der preußische Bergmann bisher und in der Hauptsache auch in Zukunft in seinem Berufe durchzumachen hat, soll der Beschluß mit einer kurzen Betrachtung über den Abkehrschein und die anderen Umstände gemacht werden, unter welchen der Bergarbeiter eventuell aus seiner bedrückten Stellung ausscheidet — freilich meist nur, um unter dem Zwange der Noth manchmal in eine noch gedrücktere einzutreten. Die Novelle zum preußischen Berggesetz oder „das Berlepsch'sche Konzept", wie sich das rheinisch-westfälische Zechenblatt ausdrückt, um ganz in der von uns vorausgesagten Weise dem Minister für seine Nachgiebigkeit gegenüber den Unternehmerinteressen zu „danken", leistet auch an dieser letzten Stelle alles Andere, nur Nichts Arbeiterfreundliches.

Das bisherige preußische Berggesetz war das einzige preußische Gewerbegesetz, welches noch für erwachsene Arbeiter obligatorische Arbeitszeugnisse oder „Bücher" vorschrieb. Die sonstigen Arbeiter haben sich diese Kontrollscheine längst vom Halse geschafft, und die Gewerbe-Ordnung bestimmt seit Jahren, daß einem erwachsenen gewerblichen Arbeiter außerhalb des Bergbaus ein Zeugniß nur dann ausgestellt wird, wenn er es fordert. Aber selbst die Bergarbeiter anderer Staaten, z. B. in England, kennen obligatorische Arbeitszeugnisse nicht. Nun schützen die Zechen in Deutschland und speziell in Preußen immer vor, und die Bureaukratie spricht es ihnen nach: der Abkehrschein für erwachsene Bergleute, welcher von jedem, der einmal im Bergbau beschäftigt war, vorschriftsmäßig besessen werden muß und ohne den sogar kein Unternehmer einen Arbeiter einstellen darf, sei eine pure Wohlfahrtseinrichtung für die Bergleute selbst. Aus dem Abkehrschein sei die Tüchtigkeit oder wenigstens die Erfahrenheit des Bergmannes zu ersehen, und weil sich danach die Verwendung der Leute unter Tage richte, so würden die Arbeiter, um deren Wohl man sich auf einmal äußerst besorgt zeigt, viel besser vor Unglücksfällen, die ein Ungeschickter anrichten könne, behütet, als wenn keine Kontrolle da sei. Nun wissen wir aus unseren früheren Betrachtungen, daß den Zechen bisher Alles, was zum Wohle des Arbeiters geschehen soll, erst aufgezwungen werden muß, und die Verordnung des Dortmunder Ober-Bergamts, die in letzter Zeit ergangen ist, den Zechen die Errichtung von Umkleideräumen erst vorschreiben muß und vom „Vorwärts" genügend beleuchtet wurde, giebt eine gute Illustration hierzu ab. Woher sollte also hier auf einmal die rührende Arbeiterfreundlichkeit kommen — wenn sie nicht blos der Deckmantel für Etwas wäre, das dieser Verhüllung sehr dringend bedarf? Und die Zechen haben selbst dafür gesorgt, daß ihre Scheingründe erkannt wurden. Als sie nach dem Streik von 1889 einen großen Theil ihrer bei der Arbeit bewährten Bergleute ausgesperrt hatten, da nahmen sie Eisenbahn-Arbeiter und Bauernknechte, die das Innere eines Bergwerkes überhaupt noch nicht gesehen hatten, in Masse zur Anlegung auch bei den gefährlichsten Verrichtungen an, und Manche meinten damals sogar, wenn der Bergarbeiter noch einmal mucke, so werde man Soldaten in die Bergwerke kommandiren, und es werde ganz gut gehen. Während die Zechen auf diese Weise ihren Scheingrund durch die eigene Praxis widerlegten, zeigten sie gleichzeitig ebenfalls durch die eigene Praxis, wozu der Abkehrschein in Wirklichkeit gebraucht wurde. Alle die Arbeiter, welche sich irgendwie hervorragend am Ausstand betheiligt hatten, wurden auf allen Gruben, sobald sie ihren Abkehrschein vorgelegt hatten, barsch abgewiesen, obgleich man sonst Arbeiter suchte. Später gestand man die verhängte Arbeitssperre offiziell zu. Man hatte verstanden, durch auf den Kopf gestellte Stempel, durch Gänsefüßchen, die man im Text anbrachte und durch andere, dem Uneingeweihten schwer erkennbare Mittel die „Mißliebigen" auf ihrem Abkehrschein kenntlich zu machen. Und diese Ungeheuerlichkeit hält die Novelle zum preußischen Berggesetz aufrecht! Und die Begründung sagt ausdrücklich (S. 40), daß man an amtlicher Stelle mindestens von der Ueberzeugung der Arbeiter weiß, daß jener Mißbrauch getrieben wird — und sie findet sich doch mit dem schwächlichen Zusatze ab, daß keine Merkmale zur Kennzeichnung angebracht sein dürfen, und sie meint, die Abkehrscheine hätten sich „im Wesentlichen bewährt." „Bewährt" für die Zwecke der Zechen ganz sicher, für die sie sich auch fernerhin „bewähren" werden. Denn man soll es einmal einer Zeche nachweisen, daß die Stempelung mit der oder jener Farbe oder mit auf den Kopf gestelltem Stempel ein „Merkmal zur Kennzeichnung" ist — auf so Etwas kann man bei der Geschäftigkeit des kaufmännischen Verkehrs auf dem Zechenbureau doch natürlich nicht achten! Man ist eben auch hier ängstlich der durchgreifenden Reform, der Entfernung des Steines allen Anstoßes, des Abkehrscheines, der technisch nur eine erdichtete Bedeutung hat, aus dem Wege gegangen, und hat den Bergarbeitern unwillkürlich gezeigt, daß noch eine viel lebhaftere Agitation ihrerseits nothwendig ist, ehe auch nur ihre bescheidensten Wünsche Beachtung finden werden.

Schließlich die Gründe zur sofortigen Entlassung oder zum sofortigen Austritt aus der Arbeit, wie sie das neue Gesetz „reformirt"! Schon äußerlich erkennt man die „Reform" daran, daß der Bergmann künftig nur vier Gründe zum sofortigen Austritt haben soll, während die Zeche den Bergarbeiter in acht Fällen sofort entlassen kann. Nach dem alten Berggesetz standen sich die Parteien ziemlich gleich: da hatte der Bergmann drei und die Zeche vier Gründe. Daß jetzt das Verhältniß vier zu acht ist, entspricht ganz dem Uebergewicht, das man den Unternehmern im ganzen Gesetz einräumt. Freilich sollen ja künftig auch noch „andere wichtige Gründe", was bisher nicht der Fall war, vom Bergmann sowohl als von der Zeche geltend gemacht werden können, wenn eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist. Das hilft aber nur der Zeche, nicht dem Bergmann. Die Zeche behauptet natürlich immer, daß kein „anderer wichtiger Grund" vorliege, daß der Bergmann Kontraktbruch begangen habe, und daß sein Lohn als „Entschädigung" zurückbehalten werden könne. Nun müßte der Bergmann, um nur sein Verdientes herauszubekommen, auf das Amtsgericht, oder später auf das Berg-Gewerbegericht laufen und die Zeche verklagen. Wie oft wird er dazu Zeit und Lust haben, während er sich eine neue Stelle sucht, bei der ihm womöglich die Klage gegen seinen alten Unternehmer verdacht wird! Er ist und bleibt eben der Benachtheiligte. Weiter sollen nun doch die neuen Paragraphen lediglich der neuen Gewerbe-Ordnung nachgebildet sein, und die berüchtigte Denkschrift der Zechen ist auch so herablassend gewesen, zu sagen, an Demjenigen, was der Gewerbe-Ordnung nachgebildet sei, wolle sie nicht rütteln. Wie kommt es da, daß sie nicht bemerkt hat, wie zwar alle Entlassungsgründe gegen den Arbeiter, aber nur vier der Austrittsgründe für den Arbeiter kopirt wurden, der fünfte jedoch wiederum zum Besten der Unternehmer wegfiel? Von ihrem Standpunkt aus hätte doch die Denkschrift der Unternehmer auf der Kopirung auch dieses Punktes bestehen müssen! Freilich lautet es in der Gewerbe-Ordnung: „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Arbeitszeit und ohne vorher gegangene Kündigung können Gesellen und Gehilfen die Arbeit verlassen: 5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war." Man sollte meinen, wenn dieses Recht irgendwo zugelassen wird, so müßte es beim Bergbau den Arbeitern gegeben werden, wo diese neben ihrer mühseligen Verrichtung sich noch so oft über mangelhafte Ventilation und Anderes zu beklagen haben und wo den Unternehmern im drohenden Wegbleiben guter Arbeiter ein heilsames Memento zur Herstellung besserer Arbeitsverhältnisse gegeben sein würde. Aber nein — gerade diesen Grund übernimmt die Bergnovelle **nicht** aus der Gewerbe-Ordnung, und noch mehr, sie erlaubt sich, diese Unterlassung wörtlich folgendermaßen zu begründen: „weil es nicht angängig erschien, bei dem Betrieb eines Gewerbes, dessen häufig unvermuthet auftretende Gefahren dem Arbeiter bei Eingehung des Arbeitsverhältnisses nicht unbekannt sein können, die Auflösung des Arbeitsvertrages — welche sich in sofortigem Verlassen der Arbeitsstelle würde kundgeben können — gerade dann durch das Gesetz zu gestatten, wenn durch muthiges Ausharren und zweckentsprechendes Verhalten eine plötzlich auftretende Gefahr für die Mitarbeiter und den gesammten Grubenbau abgewendet werden

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [93

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern
von A. Otto Walster.

„Und mir machen Sie so viel Kummer damit."

„Haben Sie nur noch ein ganz klein wenig Geduld; ich bin noch nicht ganz mit allen meinen Vorbereitungen zu Ende und habe oben meine Gehilfen alle gleich bei der Hand. Aber zu Weihnachten ziehe ich aus, und den ersten Feiertag rücke ich im schwarzen Frack Herrn Musselich in's Quartier und halte feierlich um Ihre Hand an."

„Ach, er wird nichts davon wissen wollen."

„Wir Beide wollen ihn schon mürbe machen."

In diesem Augenblick fühlte sich Frank von hinten gezupft, und als er sich umdrehte, schaute er in das schadenfrohe Gesicht seines Gläubigers, hinter dem sich mit nicht minder hämischer Miene Schneider und noch zwei andere Gerichtsdiener hielten. Mit Blitzesschnelle überschaute Frank das Schlachtfeld; Fräulein Musselich hatte sich eben nach einer Butterverkäuferin umgewendet; auf der anderen Seite stand ein Leiterwagen, der eben zum größten Theile abgeladen war. Auf den Wagen drauf und auf der anderen Seite wieder hinunterspringen, war schneller gethan als gedacht. Er stieß dabei den Korb einer Bauerfrau um, so daß die Eier auf das Marktpflaster rollten. Die Frau stieß einen Schrei aus und sprang auf; und wenn sie auch nicht den davoneilenden Frank erreichen konnte, so erreichte sie doch Schneidern, der, denselben Weg einschlagend, mit beiden Füßen in die Eier trat. Ein ungeheurer Tumult, der den ganzen Markt in Aufruhr brachte, war die unmittelbare Folge. Die Frau hielt ihren Gefangenen fest, trotzdem die beiden Gefährten desselben, sowie Herr Krammherz energisch zu seinen Gunsten einschritten; denn auch die Bauerfrauen nahmen für ihre beschädigte Nachbarin Partei, und was sie nicht durch ihre Fäuste leisten konnten, leisteten sie durch die unwiderstehliche Kraft ihrer Zungen. Redensarten, wie sie die homerischen Helden sich nicht besser zugerufen haben konnten, flogen zwischen den beiden Heerlagern hin und wieder, und der unglückliche Schneider war, gleich seinem verehrten Helden, von der Moskwa an die Beresina gelangt. Von der Parteien Haß und Gunst bedrängt, schwankte er herüber und hinüber, bis endlich die einschreitende Polizei das Treffen zum Stehen brachte.

Dieses Drama endigte auf dem Polizeibureau; Frank hatte sich bereits in den ruhigen Hafen des „Bayrischen Hofes" gerettet, von wo ihn dann Riemer gemäß der Verabredung abholte, und Fräulein Musselich kam sehr erregt von ihrem Marktgange wieder in der elterlichen Wohnung an.

Vierzehntes Kapitel.

Ein Ruf der Ueberraschung entflog den Lippen der in der „Wechselstube" wohnhaften Erdenkinder, die eben bei ihrem schlichten Mittagsmahle im „Konversations-Salon" saßen, als Frank so unerwarteter Weise wieder unter ihnen erschien und ihnen mit demselben fröhlichen Tone, den sie an ihm gewöhnt waren, eine „gesegnete Mahlzeit" wünschte.

Die Zahl der alten Bekannten, die wir früher dort kennen lernten, war seit den Tagen, in denen wir zum letzten Male in jenen Räumen verweilten, beträchtlich zusammengeschmolzen; Mandel fehlte, der stille Kaufmann und Draht, der bescheidene Schuhmacher, den die Genossenschaft seiner Familie zurückgegeben hatte. Zwar war seit jenem Auszuge der Kinder Israels verschwunden, als der Einzige, der nicht wieder reumüthig in diese „Versorgungsanstalt" zurückgekehrt war, von der der Wachtmeister triumphirend rühmte, sie könne doch nicht so übel sein, da die Meisten von selber zu ihr zurückkehrten. Barth fehlte, der Buchdrucker, und Mensch, der Philosoph; auch von Dr. Lange, dem Dichter, erzählten nur die Annalen der Vereins- oder Lichtkasse; und von allen den Insassen früherer Tage weilten nur noch, außer dem Oberältesten Frank: Streit, der nun beinahe berühmt gewordene Advokat, der Lieutenant Sommer, welcher fortgesetzt ökonomische Studien betrieb, der immer melancholischer deklamirende Mime Molinaro und Herr Jakob Moses Levy in diesen Räumen.

Aber an Stelle des Schuhmachers Draht war der Schneidermeister Zwirn heraufzitirt worden, einer jener schmächtigen Schneidergestalten, die sich bei windigem Wetter nur mit einem Bügeleisen beschwert über eine geländerlose Brücke wagen dürfen; für den Buchdrucker war ein Ersatz in dem Tischlermeister Holtzer gefunden, einem Manne, der mit dem besten Leime sein kleines Familienglück nicht hatte zusammenhalten können, und statt des ruhigen Kaufmannes Mandel hatte man es mit einem im Strome der Konkurrenz untergesunkenen Fabrikanten Lehmmeyer zu thun, der erst nach und nach zu einem genießbaren Kameraden herangebildet werden konnte.

Der allerneueste Ankömmling aber war eines jener verlorenen Geschöpfe auf Erden, die dem Schicksal gewissermaßen als Fangball zu dienen scheinen. Heimchen war sein Name; seines Standes war er Musikus. Kurz nach seinem

kann. Wir stehen nicht an, zu sagen, daß wir in dieser Stelle das Aergste erblicken, was sich die Vorlage gegen die Bergarbeiter erlaubt. Um ja dem Knappen keine allzugroßen Rechte der Zeche gegenüber zu geben und sei es auch nur zur Bewahrung seiner Gesundheit, so schiebt man die Möglichkeit unter, daß es Bergleute geben könnte, die **nicht** „durch muthiges Ausharren eine plötzlich auftretende Gefahr für ihre Kameraden abwenden" helfen würden! Diese Stelle wird hoffentlich von den Bergleuten nach Gebühr gewürdigt werden. Das ganze Manöver war nur dadurch möglich, daß man an Stelle der vermeidbaren und auf Grund mangelhafter Unternehmer-Vorkehrungen auftretenden Gefahren die „plötzlich auftretenden" Gefahren setzte, vor welchen der Bergmann nach der Verdächtigung der Novelle eiligst fliehen könnte! „Das läßt tief blicken" und erübrigt eigentlich jedes weitere Eingehen auf den sonstigen Wortlaut der acht Entlassungsgründe, die von den Zechen gegen den Bergmann geltend gemacht werden können. Den Bergleuten wird zugetraut, daß sie „verfälschte" Abkehrscheine vorzeigen, sie können wegen Diebstahls, Betrugs und „liederlichen Lebenswandels" entlassen werden, auch wenn der Fehltritt außerhalb der Grube vorkommt, während der Unternehmer ruhig Schienen flicken oder Steuern defraudiren und Maitressen halten kann und was der schönen Dinge mehr sind. Die Bergarbeiter haben in ihren Versammlungen, die sie zur Besprechung der Novelle bereits hielten, ganz richtig gesagt:

„Damit sind wir völlig in die Hand der Gruben geliefert."

Welche Tendenz die Novelle verfolgt, ist klar. Der ganze Entwurf, das haben wir wohl durch unsere Artikelreihe nachgewiesen, geht von der Anschauung aus, daß nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiter der „Zucht" bedürfe, und ihre ganze Bergnovelle ist eine Travestie des Bergarbeiter-Schutzes. Die Bergarbeiter werden aber mit ernstem Weiterstreben zur Einigkeit antworten, und es wird dann hier wie überall heißen: „Wer zuletzt lacht, lacht am Besten!" In diesem Sinne kann die Berggesetz-Novelle ein wichtiges Moment in der Bergarbeiter-Bewegung werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. April.

Schutz der Urheberrechte. Die Nummer 23 des „Reichs-Gesetzblatts" enthält unter Nr. 2017 das Uebereinkommen zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte. Vom 15. Januar 1892. Veröffentlicht auch im „Reichs-Anzeiger", Nr. 94 vom 20. April. —

Die neue Bierzise. Als nothwendige Ergänzung zu der neuen Militärvorlage erschien am politischen Horizont ein neues gefährliches Projekt, eine Erhöhung der Biersteuer. Eine indirekte Steuer soll auf ein nothwendiges Lebensmittel gelegt werden, dessen Verbrauch im Interesse der breiten Massen mit allen Mitteln erleichtert und begünstigt werden müßte. Gutes und wohlfeiles Bier ist ein Nahrungsmittel, das geeignet ist, dem Kartoffelfusel einen siegreichen Wettbewerb zu machen und diesen aus dem Haushalte breiter Schichten des werkthätigen Volkes zu verdrängen. Je theurer aber das Bier ist, je stärker sein Konsum belastet ist, um so gefährlicher wirkt das zerrüttende Surrogat, der schlechteste Branntwein, dem sich die kleinen Leute zuwenden, wenn gesundes, nährstoffreiches und wohlschmeckendes Getränk ihnen zu Nutz und Frommen des nimmersatten Militärbudgets vertheuert wird. Welche Wirkungen der verschlechterte Lebensmaßstab auf die Masse ausübt, wie der Alkoholismus zur Entartung und Verkümmerung des jetzigen und des künftigen Geschlechts führt, das ist bekannt genug. Wie hoch ist die durchschnittliche Verbrauchsziffer auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland? Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" für 1891 (S. 126) betrug der Bierverbrauch in Deutschland im Etatsjahr 1889/90: 90,9 Liter pro Kopf und Jahr. Im Reichsbrausteuer-Gebiet, zu welchem Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, die eigne Brausteuergebiete für sich bilden, bekanntlich nicht gehören, beziffert sich der Konsum im selben Jahre auf 88,5 Liter. (Die Ziffern betrugen für Bayern 1889: 222,1, für Württemberg 1889/90: 169,2, für Baden 1888/89: 100,9, für Elsaß-Lothringen, wo viel Trauben- und Obstwein getrunken wird, 59,1 Liter.) Die Reichsgesetzgebung befaßt sich nur mit dem oben gekennzeichneten Reichsbrausteuer-Gebiet. Hier soll die neue Bierzise — so hieß die erste im Jahre 1488 in Brandenburg eingeführte Biersteuer, welche die Stände dem Kurfürsten Johann Cicero zur Bezahlung seiner Schulden — auf Kosten des Volkes bewilligten — eingeführt werden, obwohl gerade in diesem Gebiet die Verbrauchsziffer noch eine sehr niedrige ist. Denn der Schnaps herrscht in vielen Bezirken, besonders östlich der Elbe, bedauerlicher Weise vor, und jedes neue Hemmniß muß verderblich wirken. Wenn eingewendet wird, daß (vergleiche „Statistisches Jahrbuch" S. 180) der Steuerertrag, auf 1 Hektoliter betrug im Reichssteuer-Gebiet nur 80 Pfennig, in Bayern 1889 dagegen 2,70 M., in Württemberg 1889/90: 2,45 M., in Elsaß-Lothringen 2,20 M., in Baden nach einer Schätzung 3,20 M., so könnte der Vorschlag einer Steuererhöhung im Reichssteuer-Gebiet steuerlüsternen Politikern gar auferbaulich scheinen, besonders wenn sie erfahren, daß Bayern 15 pCt. seiner Staatseinnahmen aus dem Malzaufschlage zieht. Aber in weiten Gebieten des nördlichen Deutschlands bedeutet jeder Pfennig Steigerung eine Zunahme des Branntweintrinkens. Und daß überall, auch in Bayern jeder Heller Aufschlag auf den Bierpreis die Masse verstimmt, das lehrt die Geschichte der Bierkrawalle, die vom Mittelalter bis in die Neuzeit (in München noch in den sechsziger, in Nürnberg in den siebenziger Jahren dieses Jahrhunderts) sich abgespielt haben. Schon im fünfzehnten Jahrhundert protestirten die brandenburgischen Städte nachdrücklich gegen die Bierzise, obwohl ein Drittel des Ertrages in die Stadtkassen fließen sollte, und in Stendal kam es zum offenen Aufruhr. Zwar ist der „Biergroschen" sehr alt, aber die Weisheit des sechszehnten Jahrhunderts, daß „der gemeine Mann zahlt solchen Groschen, der es nicht inne wird", ist altbacken. Heute rechnet der „gemeine Mann" nach, daß sein Glas um zwei oder drei Pfennige vertheuert wird. Darum ist die Losung: Fort mit der neuen, fort mit jeder Bierzise! —

Dynamitgesetz-Novelle in Sicht? Ueber den Verkehr mit Sprengstoffen soll nach der „Post" dem Bundesrath nach den Osterferien ein Entwurf zugehen. Das deutsche Dynamitgesetz, das nur Unschuldige traf, hat doch kläglich Fiasko gemacht. Weshalb eine „Krönung" des Fiasko's? —

Preußische Landtags-Geschäfte. Für den Rest der Landtags-Session — das Abgeordnetenhaus eröffnet nach dreiwöchentlichen Ferien am 26. April seine Sitzungen — ist ein ganzes Bündel von Vorlagen noch zu erledigen. Die erste Berathung haben u. A. passirt der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung von Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie, bezw. für Taufen und Trauungen in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein (beide Vorlagen sind der XV. Kommission überwiesen, die ihre Berathungen demnächst wieder aufnehmen wird), der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (die Spezialkommission hat ihre Aufgabe beendet), der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern gegen Entschädigung (ruht in der Budgetkommission), der Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staats-Eisenbahnnetzes (sogen. Sekundärbahn-Gesetz, dessen Berathung in der Budgetkommission bis auf die Beschlußfassung über die gestellten Resolutionen beendet ist), der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Landgemeinde-Ordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891 in der Provinz Schleswig-Holstein (die mit der Berathung dieser Vorlage betraute XVI. Kommission wird in einigen Tagen in Thätigkeit treten), sowie der Gesetzentwurf, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände (soll von der XVII. Kommission berathen werden). Alle diese Vorlagen werden zur zweiten und dritten Berathung gestellt werden. Ins Plenum sind noch nicht gelangt der 42. Bericht der Staatsschulden-Kommission über die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens pro 1. April 1890/91 und der Gesetzentwurf über die Bahnen unterster Ordnung. Zu erledigen und zwar in größter Eile ist die Sache Danckwardt. Hier muß mit Hochdruck gearbeitet werden, damit Regierung und Landtag ihre Pflicht thun. Fideikommiß-Stempelerlaß für Lucius, für eine „Kunstsammlung" in der Einöde von Darkehmen, Pachtnachlaß für den konservativen Abgeordneten von Oppen und für Pächter, die falsch spekulirt haben, sind zu kriegen. Und der Junker Platen soll wirklich am 1. Juli seinen Bauern legen! Das wäre auch ein inneres Jena Preußens, vor welchem gerade die Vertreter des Klassenstaats allen Anlaß haben sich zu fürchten. Sollte der Lotteriepatriotismus Ernst machen, so hätte das Abgeordnetenhaus Gelegenheit, den Festigkeitsgrad seines Rückgrats zu zeigen. Die Schinkel'sche Bau-Akademie, die fortrasirt werden soll, um den Schöne Aussichts- und Denkmal-Plänen Raum zu schaffen, ist staatliches Eigenthum. Hier hat der Landtag mitzusprechen, ob mit staatlichem Besitz nach dem subjektiven Ermessen mächtiger Kreise verfahren werden soll. Aber die Kammer ist eine auf dem „elendesten aller Wahlsysteme" aufgebaute Einrichtung. Und sie wird schon thun, was ihr geheißen wird. —

Preußische Steuerreform. Herr Miquel will Wort halten und die preußische Einkommensteuer durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen ergänzen. Der Staat will auf die Grund- und Gebäudesteuer verzichten und sie den Gemeinden überlassen, weil diese mit die Hauptaufwendungen machen, aus denen die Werthsteigerung des Grund und Bodens entspringt und weil diese den Grundbesitz in seinen Abstufungen weit besser und richtiger zu fassen vermögen. Es soll ferner zwischen dem sogenannten fundirten, d. h. dem auf Besitz gegründeten, und dem unfundirten, dem Arbeitseinkommen der bürgerlichen Klassen, ein steuerpolitischer Unterschied gemacht werden. Und zwar will Herr Miquel diese „reinliche Scheidung" in der Weise durchführen, daß er eine zusätzliche Vermögenssteuer schafft. Der in dem Einkommen-Steuergesetz festgelegte Satz soll offenbar für das unfundirte Einkommen festgehalten, der Satz für fundirtes Einkommen soll wesentlich erhöht werden. Wir haben nicht das Mindeste dagegen einzuwenden, daß diese Kapital-Rentensteuer ins Leben gerufen wird, je schärfer die Schraube angezogen wird, desto besser. Aber Herr Miquel müßte nicht Herr Miquel sein, wenn man trotz der schon lautwerdenden Kassandrarufe der Bourgeoisblätter etwa erwartete, daß er gegen die großen Vermögen scharf vorgehen werde. Hat er doch mit Löwenmuth wider den für die Rieseneinkommen bestimmten Höchstsatz von vier Prozent, den sogar unsere Landrathskammer festhielt, im Landtage gestritten! —

Zum Raubanfall von Kosciclec. Uns wird unter'm 20. April geschrieben: Durch einen Zufall hatte ich Gelegenheit, die am Thatorte von Amtswegen aufgenommenen Photographien der vier getödteten Räuber zu sehen. Während Zukowski den Typus des Fanatikers aufzeigt, erscheinen seine Spießgesellen als Typen des versklavten, in furchtbarer Dumpfheit verkommenen slavischen Bauern. Nach den bisherigen Mittheilungen sind drei von ihnen durch eigene Hand gestorben, einer ist durch die Verfolger erschossen worden. Die außerordentlich gute, haarscharfe Aufnahme zeigt, wie greuelvoll die vom klerikal-polnischen „Kurjer Poznanski" und von der ultramontanen „Germania" in den Himmel erhobenen kujavischen Bauern, die Verfolger der Zukowski und Genossen, gegen die tödtlich verwundeten, wehrlosen Leute gewüthet haben. So klar es ist, daß wir die That der Räuber verurtheilen, dieses schmähliche Abschlachten der zur Strecke Gebrachten ist ein Skandal, und wer es verherrlicht, macht sich zum Komplizen dieser Metzger. Die Köpfe der Getödteten zeigen nicht blos die Schußwunden, sie weisen auch Hiebwunden auf, durch welche Wangen und Lippen schauderhaft zerfetzt sind. Diese schweren Verletzungen sind, wie die gleichlautende Schilderung der Jagd auf die Verbrecher ergiebt, erst beigebracht worden, nachdem die Flüchtlinge niedergeschossen waren. Die gerichtliche Untersuchung wird hoffentlich auch diese Thatsache in ihren Bereich ziehen. Wird die polnische Junker- und die deutsche Kaplanspresse auch dies Massake Hilfloser gutheißen? —

Ein Dolmetsch der letzten Kaiserrede. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Graf zu Stolberg, hat in

---

einundzwanzigsten Jahre hatte er an Stelle der Eltern treten müssen, indem er für seine jüngere Schwester die Kosten der Hochzeitsfestlichkeiten übernahm. Die Gesellschaft war heiter gewesen, Heimchen hatte geglaubt, nicht knausern zu dürfen, und so hatten die Kosten sein Vermögen um 14 Thaler 10 Groschen überstiegen, für welche er dem dicken Gastwirth „Zur Henne" einen Wechsel ausstellte. Der Gastwirth nahm keine Zinsen, aber der junge Mann mußte bei gelegentlichen Abendvergnügungen umsonst spielen. Da diese im Winter zwei- bis dreimal die Woche stattfanden, und Heimchen lieber vom Musikchor wegblieb, als von seinem gestrengen Gläubiger, wurde er aus ersterem entlassen. Als er später mit vieler Mühe Aufnahme in einem anderen gefunden und nunmehr das entgegengesetzte Verfahren einschlug, ließ ihn der Wirth „Zur Henne" auf Wechsel setzen und entließ ihn erst, nachdem er sich über die Stammschuld nebst Kosten und Verzugszinsen einen anderen Wechsel hatte ausstellen lassen. Dieses grausame Spiel wiederholte sich häufig; es dauerte nun schon sieben Jahre. Der Wechsel war auf 280 Thaler gestiegen, zweiunddreißig Mal hatte Heimchen diese Räume betreten, in denen ihn der rachsüchtige Gastwirth immer nur 8 bis 10 Tage festhielt. Ein Wechsel von 14 Thaler 10 Groschen? Sieben Jahre wiederholt? Zweiunddreißig Mal Haft? wird man uns hier kopfschüttelnd entgegenrufen. Ist das gesetzlich möglich? Ja, es war möglich, es war so, denn der grundgelehrte Jurist, welcher die Dauer der Wechselhaft abgemessen, hatte auch bestimmt, daß der Gläubiger die Haft während einer Zeit von 12 Jahren beliebig unterbrechen kann; und wußte es dann ein Gläubiger einzurichten, daß sein Opfer ihm einen neuen Wechsel in der Zwischenzeit ausstellt, um zeitweilig frei zu kommen, konnte das Spiel auch über jene 12 Jahre hinausgehen. Es muß wohl so nöthig sein, denn sonst würden die liberalen Abgeordneten ein solches Gesetz jedenfalls nicht sanktionirt, geschweige denn gar aufgebracht haben.

„Wir glaubten Sie längst über alle Berge," rief Molinaro dem wieder eintretenden Leidensgefährten Frank entgegen: „Wir kamen uns vor wie vater- und mutterlose Waisen, und manchmal habe ich im Laufe des Tages geseufzet:

— „O, kehre zurück, Du trauter Sänger!" —

„Guten Tag, meine Herren, freut mich, Sie Alle noch wohl zu sehen," erwiderte Frank auf die Begrüßung. „Was aber muß ich sehen! Sie wieder hier, Herr Heimchen? Nein, das übersteigt doch das Menschenmögliche. Ist denn der Hund von Wirth „Zur Henne" toll?"

„Er sah mich neulich im Konzert auf dem „Roß" und fragte mich hämisch, wie es mir denn ginge? Mir aber schnürte sein Anblick das Herz zu und ich ging weg, ohne ihm antworten zu können. Das mag ihn geärgert haben, denn gestern Abend ließ er mich abermals wegfangen."

„Nun, bei Gott, da hört wirklich die Weltgeschichte auf! und zu so etwas können sich unsere Gerichte hergeben! Herr Heimchen, trösten Sie sich, indem Sie bedenken, daß Ihr Fall stark genug ist, um die Felsen selbst aus ihrer jahrtausendjährigen Ruhe wachzurufen und zum Aufbäumen gegen solche niederträchtige, empörende Zustände zu bringen. Sie sind ein Opfer; aber dieses Opfer soll der Menschheit zu Gute kommen. Ja, ich schwöre es, so wahr ich Frank heiße, Ihr Schicksal soll in mir einen Schilderer finden, vor dessen Ausführungen sich selbst die dreizehn Haare des dicken Wirths „Zur Henne" gen Himmel sträuben werden. Entweder wir sind Hyänen oder wir sind Menschen; und wer noch als Mensch sich fühlt, muß hinübertreten zu uns und nöthigenfalls mit Klauen und Zähnen gegen diese Menschenkinder ankämpfen."

Fünfzehntes Kapitel.

Die Pioniere der Zukunft.

— Nichts ist verloren und verschwunden,
Was die geheimnißvoll waltenden Stunden
In den dunkel schaffenden Schooß aufnahmen:
Die Zeit ist eine blühende Flur,
Ein Großes, Gewaltiges ist die Natur,
Und Alles ist Frucht und Alles ist Samen.

Mit diesen einfach erhabenen Worten hat Schiller den Inhalt und das Gesetz der Weltgeschichte niedergeschrieben und damit den Zweiflern und Schwarzsehern, den an allem Fortschritt Zweifelnden die entsprechende Antwort gegeben. Nichts, nichts geht verloren, weder ein Stofftheilchen, noch eine Idee, weder ein Beispiel, noch eine That. Was der einsame Denker, der Jahrhunderte lang als Phantast verschrieen war, gedacht; was ein edler Held im kühnen Thatendrange gewagt, es mag zum Siege führen oder nicht, bleibt für die Welt, bleibt für die Menschheit unverloren. Die Früchte der Arbeit ganzer Nationen und Generationen gehen scheinbar zeitweilig verloren, riesenhafte Geisteskämpfe werden oftmals resultatlos verlassen. Sind sie in Wirklichkeit von der Erde spurlos weggewischt? Glaubt nicht daran; die Geschichte widerspricht Euch mit tausend Zungen. Haben Plato und Aristoteles, Sophokles und Phidias, Aristophanes und der göttliche Homer umsonst gelebt, weil eine Fluth von Barbarei alle ihre Werke auf lange Zeit verschüttet und begraben hatte und selbst ihre Namen zeitweilig vergessen ließ? Hat der erste Brutus umsonst gelebt, weil Cäsar die von ihm gegründete Republik wieder vernichtete, nachdem sie einige Jahrhunderte lang als leuchtendes Vorbild geglänzt? oder der jüngere Brutus? weil er Cäsar tödtete und doch die Herrschaft eines Nero von Rom nicht abwenden konnte?

Ihr glaubt nicht daran? jede lebensfähige Idee, einmal in die Welt geworfen, wächst unaufhaltsam im großen Schooß derselben weiter fort, verborgen und überwuchert oftmals von Unkraut und Gestrüpp, aber in der Stille treibt sie Wurzeln, bemächtigt sich nach und nach aller Lebensquellen, und wenn Ihr den hervorbrechenden Schößling fleißig abschneidet, so gehen die Verzweigungen doch immer weiter, treten rechts zu Tage und links, vor Euch und hinter Euch, bis Ihr den Kampf aufgebt, den unnützen, gegen etwas, was doch zum Lichte gelangen muß.

(Fortsetzung folgt.)

einem Trinkspruch, den er bei einem den Mitgliedern des akademischen Senats der Königsberger Universität gegebenen Essen gehalten hat, das Nörgler- und Pantoffel-Diktum in der letzten Kaiserrede auszudeuten unternommen. Er erklärte, „der Kaiser habe sagen wollen, daß diejenigen, welche aus Mißvergnügen dem Vaterlande den Rücken kehrten, sehr bald in dasselbe zurückkehren würden, wenn sie sich überzeugt hätten, wie sehr die heimischen Zustände den ausländischen vorzuziehen seien. Ein solcher Gedanke aber müsse der Beunruhigung entgegenwirken, da er von einer selbstbewußten Sicherheit zeuge. Dem Pessimismus solle das Vertrauen zum deutschen Volke und zum Kaiser entgegengestellt werden." Zum mindesten hat diese offenbar nicht ohne höheren Auftrag gegebene Auslegung den Reiz der Neuheit. Aber die thatsächlichen sozialen und politischen Uebelstände werden nicht durch das Gefühl „selbstbewußter Sicherheit", sondern blos durch tiefgründige Reformen beseitigt. Die arbeitenden Schichten des Deutschen Reiches haben diese ihre Auffassung durch den Anschluß an die Sozialdemokratie, von der sie die Wende der heutigen Epoche erwarten, offen bethätigt, und jeder Tag vermehrt die Präsenzziffer des kämpfenden Proletariats. —

Die Koulissen des Welfenfonds. Gajus Julius Cäsar Schmidt, die Perle aller Verleger, sendet der „Frankfurter Zeitung" (Nr. 110 vom 19. April) folgende Zuschrift:

„Da der in Deutschland lebende hochgestellte Verfasser der „Koulissen des Welfenfonds" die von mir verlangte Deponirung der Quittungen bei einer hiesigen Amtsstelle behufs Beweisleistung bei gegen mich etwa einzuleitenden Klagen seitens der in dem Buche aufgeführten Personen verweigerte, so trat ich von dem Verlage zurück. Gleichzeitig erkläre ich, daß es eine Erfindung ist, wenn vom „Vorwärts" und nach ihm von vielen Seiten behauptet wird, daß der Hauptmann von Ehrenberg der Verfasser sei. Das ist um so unwahrscheinlicher, als sein Name unter den vom Welfenfonds Gespeisten in der Broschüre figurirt haben würde. Derselbe ist übrigens seit Jahren verschollen. Cäsar Schmidt, Verleger."

Unsere Voraussage hat sich erfüllt, die mit so viel Lärm angekündigte Schrift wird nicht erscheinen. Welche Beweggründe die treibenden gewesen sind, darüber giebt Herr Schmidt die Aufklärung, welche ihm passend däucht. Wir haben eine andere Ansicht vertreten, und das Verhalten Schmidt's ist nicht geeignet, uns zu bekehren. Da der Ehrenmann sich bemüßigt sieht, die ihm offenbar sehr fatale, von uns (Nr. 83 vom 7. April) gebrachte Nachricht in Sachen Ehrenberg zu dementiren, so sei kurz Folgendes festgestellt! Herr Schmidt behauptet, es sei eine „Erfindung", daß der Polizeispion Ehrenberg der Verfasser sei. Aber er ist in seines Wesens rührender Kindlichkeit seiner Sache selbst nicht sicher, da er auf die apodiktische Zurückweisung sogleich im nächstfolgenden Satz mit einer Wahrscheinlichkeitsrechnung operirt, derer nur ein Cäsar Schmidt kapabel ist. Satz 1: Es ist unwahr, daß Ehrenberg der Verfasser ist. Satz 2: Es ist um so weniger wahrscheinlich, da u. s. w. Wenn Cäsar so sicher weiß, daß unsere Nachricht falsch ist, warum überschreitet er nicht kühn den Rubikon mit dem Rufe: „Der Würfel ist gefallen"? Beim kühnen Anlauf geht ihm der Athem aus, und er sucht da nach Motiven, wo keine nöthig sind, wenn das richtig ist, was er behauptet. Entweder kennt er den Verfasser oder er kennt ihn nicht. Entweder ist es Ehrenberg oder er ist es nicht. Wozu denn die Flausen? Schmidt flunkert übrigens offensichtlich, wenn er erklärt, daß Ehrenberg „seit Jahren verschollen" sei; er weiß so gut wie wir, daß diese Blüthe deutschen Adels erst kürzlich in Zürich gesehen worden ist. Als ob es übrigens diesen Braven geniert hätte, ihn, der als bezahlter Agent längst entlarvt ist, wenn er unter den Stipendiaten des Welfenfonds sich selbst aufgezählt hätte? Ein schlechter Fuchs, der den Jäger nicht auf eine falsche Fährte zu locken suchte. Ehrenberg, der „ehrliche Makler", der „in Deutschland lebende hochgestellte" Mann, der Lieferant der Urkunden, wie wir ihn kennzeichneten, der „Chef, den Alle kennen", und Julius Cäsar Schmidt, der freundliche Verleger, dabei bleibt es doch. Hat sich der Handel zerschlagen, oder hat Cäsar seinen Brutus und Cassius gefunden, die im Bunde mit den Mitkompromittirten nicht mit dem klassischen Dolch, sondern mit klingender Münze ihn zum stillen Mann machten? Von diesem Geheimniß ist der Schleier noch zu lüften. —

„Judenflinten". In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" liest man: „Die Zeitungen erwähnen einer neuen, „Judenflinten" betitelten Broschüre, von H. Ahlwardt. Wie wir hören, ist die Staatsanwaltschaft mit der Sache bereits befaßt." —

Unverbesserlich. Unser Oster-Artikel giebt dem Berliner Berichterstatter der „Magdeburgischen Zeitung" die willkommene Gelegenheit, mit eiserner Folgerichtigkeit unsere Auffassung der Dinge mißzuverstehen und falsch auszulegen. Daß er wieder einmal in „einem Meer von Blut" watet und auf „rauchenden Trümmern" klagt — so charakterisirt er jedesmal den heldenmüthigen Kampf der von den französischen Krautjunkern und Kapitalisten gemeuchelten Pariser Kommune — versteht sich bei der seligen Geistesarmuth dieses Publizisten am Rande. Aber vielleicht blättert er — mehr wollen wir ihm nicht zumuthen — einmal in dem Conrad'schen Handwörterbuch der Staatswissenschaften und berichtigt seine Ansichten durch den Artikel: Commune (Band II, S. 860—874), der von einem entschiedenen Gegner der Sozialdemokratie, dem Marx-„Vernichter" Georg Adler, Universitätsprofessor in Freiburg i. Br., verfaßt ist. —

Unternehmerkeckheit in Oesterreich. So tapfer Graf Taaffe die Kapitalistenpolitik verficht, er scheint den Plusmachern noch immer zu sanft vorzugehen. Die österreichischen Industriellen gründen jetzt ein „Zentralorgan" aller Industrieverbände. Die Vertreter der Organisationen der Vereine der Montan-, Zucker-, Papier-, Baumwoll- und Schafwoll-Großgewerbe tagen zu diesem löblichen Zwecke. „Das Zentralorgan", so wird unverfroren verkündet, „wird von der Regierung sofort endgiltige Erklärungen über ihre Stellungnahme zur Maifeier der Arbeiter verlangen, weil der vorjährige Erlaß des Handelsministers der entsprechenden Verfügung des Statthalters von Niederösterreich widersprach." Wer in Oesterreich von der Regierung etwas zu fordern, herrisch zu fordern, sofort mit schnauzenwüchsiger Ueberlegenheit zu fordern hat, das erfährt Jedermann aus dieser unternehmer-offiziösen Drahtnachricht des „Herolds" in erfrischender Knappheit. Nun der Herr klingelt, wird der Lakei sofort zu Diensten stehen. —

Zum schweizerisch-italienischen Handelsvertrag. Der Handelsvertrag wird im Juni der Bundesversammlung zur Ratifikation vorgelegt werden. Der Vertrag tritt, wenn er ratifizirt ist, spätestens mit dem 1. Juli in Kraft. Er sichert beiden Staaten gegenseitige Meistbegünstigung. Für die Auslegung und die Anwendung des Vertrages ist nöthigenfalls ein Schiedsgericht vorgesehen. Die Dauer des Vertrages geht bis Ende 1903. —

Die „Lösung" der italienischen Ministerkrisis wird telegraphisch gemeldet.

„Auf Grund militärischer Ersparnisse" ist das Ministerium wie folgt rekonstruirt: Rudini Vorsitz und Aeußeres, Nicotera Inneres, Luzzatti Schatzamt, Cadolini Finanzen, Branca öffentliche Arbeiten, Ricotti Krieg, San Bon Marine, Genala Unterricht, Chimirri Justiz. Das heißt, trotz aller Redensarten bleibt es beim Alten. Herr Rudini hat zwar wieder versprochen, er werde am Militärbudget „sparen", allein wenn der Kriegsminister 100 Millionen mehr fordert und das Ministerium blos 60 Millionen zugesteht, dann wird auch gespart. Einstweilen ist der Kriegsminister ja mit weniger zufrieden — bis der Nimmersatt wieder mehr Futter verlangt. —

Das internationale Dynamitkomplot ist gescheitert — wenigstens der Hauptzweck, den Herr Constans, die Seele des Komplots, im Auge hatte, ist nicht erreicht worden: die Vereitelung des 1. Mai in Frankreich und anderen Ländern. Wie uns aus Paris mitgetheilt wird, hält dort kein Mensch den Ravachol und seine „anarchistischen Attentate" für echt. Das Lockspitzelthum ist in Frankreich so alt, und sämmtliche hervorragenderen Persönlichkeiten der jetzt an der Herrschaft befindlichen bürgerlichen Parteien haben selber so viele Erfahrungen mit Lockspitzeln und Lockspitzelei gemacht, daß sie nicht leicht zu täuschen sind. Und das große Publikum hat durch die Memoiren des Polizeipräfekten Andrieux, eines Freundes des Herrn Constans, genauesten Aufschluß darüber erhalten, „wie es gemacht wird". So kommt es, daß in Paris, wo die Firma Ravachol und Komp. den Mittelpunkt ihrer Thätigkeit hatte, der Gedanke an eine nothwendige Gesellschaftsrettung auch in bürgerlichen Kreisen gar nicht aufkommen konnte, und die ganze Entrüstung sich nicht, wie Herr Constans und Genossen es beabsichtigten, gegen den 1. Mai und den Sozialismus richtete, sondern gegen die Polizei.

Auch die russische Regierung, die mit Herrn Constans zusammen arbeitete, hat ihre Rechnung nicht gefunden. Zwar sind unter der Etikette „Anarchisten" verschiedene dem „Väterchen" unbequeme russische Flüchtlinge aus Frankreich ausgewiesen und zu einer internationalen Polizeihatz verurtheilt worden, allein das sind doch nur wenige, und dieser vergleichsweise geringe Erfolg konnte nur in der ersten Verwirrung erreicht werden. Die französische Regierung wird und kann in keine Preisgebung oder Beschränkung des Asylrechts willigen, und das gleiche gilt von der englischen Regierung. Lord Salisbury mag persönlich einer solchen Maßregel nicht abgeneigt sein, allein er weiß, daß der populärste Minister, den England in dem letzten Halbjahrhundert gehabt hat: Lord Palmerston, seine Volksthümlichkeit und sein Amt verlor, als er in den 50er Jahren, nach dem Orsini-Attentat, dem französischen Staatsstreichkaiser zu Liebe die Hand an das Asylrecht legte.

Dazu kommt noch, daß die englische Regierung sehr genau weiß, daß die russische Regierung in den polizeianarchistischen „Attentaten" ihre Finger hat, und da jetzt auf drei Punkten — in Afghanistan, Bulgarien und Egypten — der englische Einfluß mit dem russischen ernsthaft zu kämpfen hat, ist man in England natürlich nicht in der Stimmung, der russischen Regierung einen Gefallen zu thun. —

Inzwischen erfahren wir zur Dynamitkomödie noch weiter: In den Bureaus des öden provokatorischen Anarchistenblättchens „Commonweal", das in London erscheint, wurde gestern von der Polizei eine Haussuchung vorgenommen. Dieselbe beschlagnahmte die Typen sowie die fertiggestellten Drucksachen und die Manuskripte. Der Herausgeber des Journals war bereits vorher verhaftet worden. Vielleicht wird dabei festgestellt, wer eigentlich Kostgeber und Hintermänner dieses Winkelorgans sind, mit dessen sondervaren Sprüngen und Streichen wir uns schon mehrmals im Vorbeigehen zu beschäftigen hatten. In diesem Blättchen wurden bekanntlich die intimsten Geheimnisse des Polizei-Anarchismus mit einer Offenheit ausgeplaudert, die nicht mehr auf Naivetät zurückzuführen war, allerdings den Verstand des internationalen Lockspitzelthums in sehr unvortheilhafter Beleuchtung erscheinen ließ. Freilich, man darf keine zu hohen Ansprüche an die Geistesfähigkeiten dieser Menschenart stellen.

Am 20. April standen bereits die Anarchisten Nichols und Mowbray vor dem Londoner Polizeigericht unter der Anklage der Aufreizung zum Morde, begangen durch einen Artikel des „Commonweal". Die Sache wurde auf 8 Tage zurückgestellt. Die angebotene Bürgschaft wurde zurückgewiesen. Doch wurde es Mowbray, dessen Frau kurz vorher gestorben war, gestattet, dem Leichenbegängniß unter Begleitung eines Polizisten beizuwohnen. —

Schon vor länger als zwei hundert Jahren wußte der Kanzler Oxenstierna ein Lied von dem negativen Verstand zu singen, mit dem die Welt regiert werde. Die Herren Lockspitzel rechnen sich aber bekanntlich zur Regierung. Und — was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wie der Herr so der Knecht. —

Stets ein Philister. Eine Broschüre Gladstone's gegen das Frauenstimmrecht wird angekündigt, worin der „große alte Mann" die „Hoffnung" ausdrückt, das Unterhaus werde die Vorlage, durch die den Frauen das Stimmrecht verliehen wird, in zweiter Lesung ablehnen. Die Broschüre legt dar, „daß das Publikum der Bill gleichgiltig gegenüberstehe und daß die Frauen sie im Allgemeinen mißbilligten. Einige Frauen könnten allerdings Arbeiten der Männer vollkommen verrichten, aber es sei zu befürchten, daß sie in den Kämpfen, welche bisher die Männer allein zu bestehen hatten, an ihrem Charakter leiden würden." Das „Publikum", d. h. die verknöcherte Bourgeoisie, die aber mit der kapitalistischen Ausbeutung der Weiberarbeit, welche die Frau in alle Drangsale des Daseins hineinschleudert, gar wohl einverstanden ist. Trotz des servilen Häuptlings der Liberalen wird das Frauenwahlrecht nicht von der Tagesordnung verschwinden in England so wenig wie bei uns. —

Buckshot. Zu Deutsch heißt das Rehposten — kleine Kugeln, mit denen das größere Wild geschossen wird. Als in England der liberale Gladstone noch am Ruder war, und für Irland — außer den sonst üblichen Pfusch-Tränkchen — gleich seinen Tory-Konkurrenten kein anderes Heilmittel wußte, als die brutale Gewalt — später, nachdem er die Macht verloren, kam er plötzlich dahinter, daß „Gewalt kein Heilmittel" —, da entdeckte er, zur Beschwichtigung seines liberalen und menschenfreundlichen Gewissens, den Buckshot. Statt mit gewöhnlichen Kugeln sollten die rebellischen Irländer mit Rehposten geschossen werden — dabei kämen weniger Menschen ums Leben, die Angeschossenen wären aber doch unschädlich gemacht. Und der sinnreiche Gedanke wurde auch flugs ausgeführt — die Tories, welche bald darauf an die Regierung gelangten, waren entzückt über die sinnreiche Entdeckung des liberalen und menschenfreundlichen Gladstone, — und seitdem werden die Irländer, wenn sie sich mucksen, wie Rehböcke und Hirsche mit Buckshot statt mit ordinären Kugeln, elegant zusammen- und zu Krüppeln geschossen. Warum aber reden wir vom Buckshot? Weil, wer ihn nicht kennt, keinen Begriff hat von der modernen „Zivilisation". —

Die Maifeier im Ausland. Die Regierung läßt durch ihre Offiziösen melden, daß „keinerlei öffentliche Kundgebung, keine Ansammlungen und Aufzüge geduldet werden sollen." Im Gegensatz zum vorigen Jahre hätten der Minister des Innern und der Kriegsminister Vereinbarungen bezüglich eines eventuellen gemeinsamen Vorgehens der Zivil- und Militärbehörden getroffen. Wo der Polizeiknüppel nicht genügt, soll der Schießprügel aushelfen. Die Reaktion wird ihre Hoffnungen auf Brutalisirung der Arbeiter zerstieben sehen, wie einen eklen Bovist.

— In Brüssel ist, wie das Depeschenbureau Herold meldet, der Umzug am 1. Mai gestattet worden, was überraschen muß, da in Brüssel die blasse Sozialistenfurcht grassirt. „Es werden aber bereits," orakelt die Ordnungspresse, „Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen." Wenn die Polizei sich gesittet verhält, wird die Ordnung sicher nicht gestört. —

„Religions"-Krieg in Afrika. Im afrikanischen Negerreich Uganda, das zur „britischen Interessensphäre" gehört, wie der Kunstausdruck lautet, d. h. von den Engländern den Eingeborenen entrissen worden ist, wüthet jetzt ein „Religions"-Krieg. Will sagen, die verschiedenen wirthschaftlichen Gruppen, die unter der Fahne des Katholizismus, des Protestantismus und des Islam marschiren, schneiden sich die Hälse ab, weil keine der anderen die Ausbeutung des Landes gönnt und jede nach der Alleinherrschaft ringt. Die Missionäre sind — das lehrt jedes Blatt der Kolonialgeschichte — nichts als die Handelsagenten des Staates, der sie entsendet; sie sind die Pioniere für britische Baumwolle und deutsches Pulver, für französische Glasperlen und holländischen Genever, was Alles unter der Firma Christenthum und Zivilisation gehandelt wird. Aus Sansibar wird gemeldet: „Die katholische Partei in Uganda, an deren Spitze König Mwanga steht, hat das bedeutendste Haupt der protestantischen Partei getödtet. Nach Kapitän Lugards Einschreiten zur Herstellung der Ordnung ergriffen die Katholiken schließlich die Flucht. Die algerische Mission wurde angegriffen, war aber außer Stande, sich des ihr von Kapitän Lugard angebotenen Schutzes zu bedienen. Der Bischof und die Priester entkamen sammt großem Anhang nach einer Insel, wo sie von den Protestanten angegriffen wurden. Ein blutiger Kampf entspann sich. Sechs Priester, welche gefangen genommen und roh behandelt wurden, wurden von Lugard gerettet. Der Bischof und ein Priester entkamen nach Bukoba. König Mwanga wurde abgesetzt und Lugard ernannte seinen Nachfolger." Die Engländer haben den ihnen unbequemen Schattenkönig, als er aufmuckte, fortgestaatsstreichelt, das ist Alles. —

Soziale Uebersicht.

8 Schuittarbeiter der Firma Goliasch und Ko., Berlin, Sebastianstraße 61 (Metallwaaren-Fabrik und galvanoplastisches Institut), haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine Lohnreduktion von 15—20 pCt. zugemuthet wurde, nachdem sie erst vor Kurzem eine solche von 10—20 pCt. über sich hatten ergehen lassen. Sie bitten um Fernhaltung des Zuzugs.

Betreffs der äußern Heilighaltung der Sonn- und Festtage hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe den Entwurf einer Polizeiverordnung an die Oberpräsidenten, sowie an den Berliner Polizeipräsidenten und den Regierungspräsidenten von Sigmaringen zur Begutachtung übersandt. Im wesentlichen wird darauf gesehen, daß während des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Festtagen gefeiert wird und daß auch an Sonn- und Festtagen die öffentlichen Lustbarkeiten eingeschränkt werden.

An den Vorabenden der drei großen Feste, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, des Bußtags und des dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Jahrestags sowie an den beiden letztgenannten Tagen selbst, in der ganzen Charwoche und am Aschermittwoch dürfen Tanzmusiken, Bälle und ähnliche öffentliche Lustbarkeiten nicht veranstaltet werden. Am Bußtag und am Charfreitag dürfen außerdem auch theatralische Vorstellungen, sowie öffentliche Lustbarkeiten im Sinne des § 33 b der Gewerbe-Ordnung nicht stattfinden. An den Orten, wo bisher an den ersten Tagen des Weihnachts-, Oster- und Pfingstfestes theatralische Vorstellungen, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten nicht haben stattfinden dürfen, behält es hierbei auch ferner sein Bewenden. Oeffentliche Tanzmusiken und Lustbarkeiten, die Sonnabends stattfinden, müssen spätestens Nachts 12 Uhr geschlossen werden. Ausnahmen können bei besonderen Anlässen, wie Königs Geburtstag, Sedanfeier, Erntefesten, durch die Orts-Polizeibehörde gestattet werden.

Außerdem bleibt es der ortspolizeilichen Verordnung überlassen, weitere Einschränkungen eintreten zu lassen.

Die Sonntagsruhe erscheint überall der Sonntagsheiligung untergeordnet, obwohl jene dabei vielfach Einbuße erleidet, indem die Arbeitszeit durch die aufgezwungene Pause verlängert wird. Betreffs der Letzteren werden durch die mangelhafte Gewerbegesetz-Novelle (Arbeiterschutz-Gesetz) so viele Ausnahmen gestattet, daß sie vielfach ganz illusorisch erscheint, und auch diese Verordnung giebt den Polizeibehörden noch weiten Spielraum, willkürlich die Sonntagsruhe zu erzwingen oder zu beseitigen.

Theater.

Donnerstag, den 21. April.

Opernhaus. Boabdil, der letzte Maurenkönig.
Schauspielhaus. Die Büste. Der eingebildete Kranke.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Lessing-Theater. Die Großstadtluft.
Berliner Theater. Othello.
Wallner-Theater. Der Löwe des Tages.
Residenz-Theater. Graf Waldemar.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Unser Zigeuner. Ein delikater Auftrag.
Adolph Ernst-Theater. Fräulein Feldwebel.
Pellealliance-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Ostend-Theater. Der Lumpensammler von Paris.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Riese, 9 Fuß.
Zwerg,
25 Zoll.
Mann m. Steinkopf.
Pigmy v. Stanley-Zwergvolk.
10—1 4—9 Uhr

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Riesin u. Puppenfee
Aama,
größte Riesin,
16 Jahre alt, 9 Fuß groß.
Prinzeß Pauline,
16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Konzert
mit humoristisch. Vorträgen.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und 2 Säle.
F. Sodtke.

Saal und Zimmer
für Vereine und Zahlstellen zu vergeben, auch schöner Garten dabei
Gips-Str. 3. 2117b

Empfehle Vereinszimmer vis-à-vis Feuerstein's Vereinslokal. Jakob Lenz, Alte Jakobstr. 69. 2307b

Fernrohr,
per Stück
3,20 Mark.
Mit 4 fein. Linsen u. 3 Auszügen.
Vergrößert 12 mal unter Garantie!
Jedes Stück, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.
Catalog mit naturgetreuen Abbildungen versenden gratis und franko
Kirberg & Co.,
Grätrath-Central bei Solingen.

Bestes Nähgarn!

Feuerwerk! Bengal., am., Raketen 2c.
A. Klimitz,
563M Rathhausstraße 1.

Verlags-Buchhandlung des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.
Berlin S.W., Beuthstraße 2.

Folgende Erscheinungen unserer Literatur können wir unseren Parteigenossen für den bevorstehenden

1. Mai

bestens empfehlen:

Der Arbeiterschutz
besonders
die internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung
und der
Achtstundentag.
Von **Karl Kautsky.**
Zweite Auflage.
60 Seiten. — Preis eleg. geheftet 20 Pfennige.
Die Broschüre ist zur Massenagitation besonders geeignet. Sie enthält eine gedrängte Darstellung über den Stand der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den modernen Industrieländern.

Der Kampf
um den
Achtstundentag.
Festschrift zum 1. Mai.
16 Seiten. Preis 10 Pfennige.

Der Achtstundentag
vom Standpunkte der Sozialökonomie, der Hygiene, der Moral und Demokratie.
Rede von Robert Seidel (Zürich).
16 Seiten. — Preis 10 Pfennige.

Die
Arbeiterschutz-Gesetzgebung
und ihre
internationale Regelung.
Von **Paul Ernst-Berlin.**
36 Seiten. — Preis 15 Pfennige.

Die Verkürzung
der
täglichen Arbeitszeit.
Ihre Ursachen, Wirkungen und Folgen. — Erfahrungen und Urtheile von Geschäftsleuten.
Populäre Darstellung von **Rudolf Mort,**
Adjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariats.
32 Seiten. — Elegant geheftet. — 25 Pfennige.

Raketen und Leuchtkugeln,
geschleudert in der Nacht des Sozialistengesetzes.
Von **S. Kokosky.**
Eine Festgabe zum 1. Mai.
46 Seiten. — Preis 20 Pfennige.

Hochfluth.
Sozialistische Zeitgedichte.
Eine Gabe zum 1. Mai.
40 Seiten elegant geheftet. — Preis 20 Pfennige.

Gelegenheitsgedichte
und
Prologe für Arbeiterfeste.
Mit einem Anhang: **Winke für Redner.**
Den deutschen Arbeitern gewidmet von **Manfred Wittich.**
96 Seiten. Eleg. Ausstattung. Preis 75 Pfg.

Ferner folgende Theaterstücke:

Der 1. Mai.
Ein Zeitbild in 3 Abtheilungen von **Heinr. Friedrich.**
Preis geheftet 40 Pfg. (11 Rollen erforderlich.)

Die Arbeitervereine
haben doch eine Zukunft!
Soziales Bild in 3 Abtheilungen von **Heinrich Friedrich.**
Preis geheftet 30 Pfg. (Zur Aufführung 12 Rollen nöthig.)

Zu beziehen durch die Expedition des **„Vorwärts“, Berlin S.W., Beuthstr. 3,** sowie durch alle **Kolporteure und Zeitungsspediteure.**
Wiederverkäufern Rabatt.
Bei Aufträgen von Außerhalb ersuchen wir höflichst um gleichzeitige Einsendung des dafür entfallenden Betrages. (Porto extra).

Musik.
Lager in allen Streich-, Blas- und Schlag-Instrumenten, Flöten, Clarinetten, Trommeln, Harmonikas, Albums und Bierseidel mit Musik. Spieldosen, hunderte von Stücken spielend und mit Arbeiterliedern. (**Mundharmonika's** habe ich für einen gemaßregelten Harmonikamacher zum Vertrieb erhalten.) 2225L
Aug. Kessler, 51 Lausitzerstrasse 51.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ganze Ausstattungen in **Mahagoni** u. **Nußbaum;** Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt 1726L
Franz Tutzauer, Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

Möbel- und Ausstattungs-Magazin
von **J. Adler, Oranienstraße 47.** Auch Theilzahlung gestattet. [2259L

Achtung. 6. Wahlkreis. Achtung.

Das **Komitee der Mai-Feier des 6. Wahlkreises** macht die Genossen darauf aufmerksam, daß die **Eintrittskarte** nicht nur zu einem Lokal bestimmt ist, sondern daß im **6. Wahlkreise alle Genossen** die eine Eintrittskarte haben, mit welcher sie alle **acht** Lokale besuchen können.

Den Anfang der Feier haben wir der Bequemlichkeit wegen schon Morgens um **8 Uhr** angesetzt.

Gleichzeitig ersuchen wir die Genossen, sich **vor** dem 1. Mai mit **Eintrittskarten** zu versehen, weil **keine öffentliche Kasse** stattfindet.

383/17 **Das Komitee.**

Gauverein Berliner Bildhauer.

Sonnabend, den 23. April, Abends 8½ Uhr, bei **Kessner,** Annenstr. 16:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
der **Zentral-Krankenkasse.**
Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht vom 1. Quartal 1892. 2. Anträge zur außerordentlichen Generalversammlung; betreffs **Auflösung** unserer Krankenkasse und Errichtung einer **Zuschusskasse.** 3. Verschiedenes. 374/15
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen **aller** Mitglieder wünschenswerth. J. A.: **Der Verwalter.**

Bund der geselligen Arbeitervereine
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 24. April cr., Vormittags präzise ½10 Uhr, in den **„Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:**
Bundes-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Moritz Lothar** über: „Das Einheitsleben im Weltall“. 2. Wahl von drei Kassenrevisoren. 3. Aufnahme neuer Vereine. 4. Bundes-Angelegenheiten.
NB. Die Vereine, welche vom Stiftungsfest noch abzurechnen haben, werden gebeten, dies beim Kassirer Herrn **A. Puppe,** Markusstr. 21a, oder in der Versammlung bewirken zu wollen. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Herren Delegirten und Mitglieder der Vereine bittet
197/16 **Der Vorstand.**

Achtung. Töpfer! Achtung.

Ueber die Bauten des Töpfermeisters **Dabert** in **Rixdorf** ist wegen Lohndifferenzen die **Sperre** verhängt.
2533b **Der Vertrauensmann.**

!! Aufforderung !!

Alle Inhaber von **Sammellisten der streikenden Weißgerber** werden ersucht, dieselben, sowie auch die gesammelten Gelder bis zum **25. ds. Mts.** einzuschicken, widrigenfalls die betreffenden Personen im **„Vorwärts“** bekannt gemacht werden.
Fritz Trapp, Weißgerber,
346/16 Biesenthalerstr. 6a, 4 Treppen.

Ortskrankenkasse der Gürtler.

Zu der am **Sonntag,** den 24. April 1892, Vorm. 10 Uhr, Kottbuserstraße 7, stattfindenden **Generalversammlung** werden die Herren Delegirten ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnungen des Vorjahres.
2. Kassenbericht.
Nachdem findet daselbst eine **Generalversammlung** der **Invalidenkasse der Gürtler** statt.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnungen des Vorjahres.
2. Kassenbericht.
2322b **Der Vorstand.**
G. Kneiff, Vorsitzender.

Allgemeiner Brauer-Verband.
Gauverein
der Provinz Brandenburg.
Freitag, den 22. April, Abends 8 Uhr:
Monats-Versammlung
bei **Feuerstein,** Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die Wohnungsfrage. Ref.: Kollege Preuß. 2. Arbeits-Ordnungen in den Berliner Brauereien. 3. Berathung über den § 2 des Verbandsstatuts. 4. Innere Angelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
2532b **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Theilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Emil Hintze
sage ich allen Genossen, dem Vorstande und Mitgliedern des Met.-Arb.-Verb., sowie dem Gesangverein „Hoffnung“ meinen tiefgefühltesten Dank.
Rixdorf, den 20. April 1892.
2530b **Die trauernde Wittwe.**

Zähne werden **schmerzlos** unter vollst. Garantie **naturgetreu** u. **preisw.** eingesetzt, **plombirt,** mit **Cocain** u. **Lachgas** schmerzlos u. gefahrlos gezog. Sprechst. 8—1, 2—7, auch **Sonnt.** Unbem. berücks. **Theilz. gestatt.** Vereinen ermäßigte Preise.
Albert Loewenstein, Dentist, Zahnatelier 57 Alexanderstr. 57, 2. Et., vis-à-vis d. Alexanderkas. (fr. Münzst. 11).

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Unserm Kollegen und Genossen
F. Schultze
zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, d. d. d. fl. Frau das große Weißbier-Glas wackelt.
2531b **J. H. G. O. K. H. E. E.**

Unserm Freunde und Genossen
Ernst Lindner
zum heutigen Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch, daß der ganze Grüne Weg roth wird.
2535b **L. S. O. A. B. L.**

Steppdecken!!
größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefèvre's Fabrik,**
Berlin, Oranienstr. 158. [1820L
1 Posten reinw. **Schlafdecken** mit kleinen Flecken Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte
„Helm-Putz-Pomade“
ist nur unser Erzeugniss. Dosen mit anderen Helmen und **nicht** mit **unserer** Firma, weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

Roh-Tabak.
Sumatra, Vollblatt,
weißbrennend, lebhafte Mittelfarbe, deckt mit 1½ Pfund, per Pfund nur M. 2,20, empfiehlt 2315L
Carl Roland,
Kottbuser Damm 33.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins Andreasstr. 23 H. p.

Verantwortlicher Redakteur: **August Enders** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 93. Donnerstag, den 21. April 1892. 9. Jahrg.

Parteinachrichten.

Gegen den Reichstags-Abgeordneten Kunert schweben nach dem Halle'schen „Volksblatt“ folgende Anklagen:

1. Beamtenbeleidigung, begangen durch die Presse, und zwar durch ein Eingesandt.
2. Privatklage des Verlegers des „Breslauer Gen.-Anzeigers“ wegen Beleidigung, begangen durch die Presse.
3. Abhaltung einer nicht gemeldeten oder polizeilich nicht bescheinigten Versammlung unter freiem Himmel bei Beuthen in Oberschlesien.
4. Abhaltung einer angeblich geheimen, resp. nicht genehmigten Versammlung im Jahre 1889 bei Halle im Saalkreise. (Vergehen wider das Sozialistengesetz.) (S. die Notiz: Ein Nachzügler des Sozialistengesetzes.)
5. Aufreizung zum Klassenhaß, resp. Anreizung zu Gewaltthätigkeiten, begangen durch die Presse und zwar durch die Veröffentlichung des Gedichtes „Schlesische Marseillaise“.
6. Gotteslästerung und Religionsverspottung, angeblich verübt durch eine Rede in Neustadt in Oberschlesien.
7. Vorgebliche Majestätsbeleidigung, verübt durch die Presse und zwar durch den Leitartikel „Zur jüngsten Sozialpolitik“. Dieser Prozeß befindet sich bereits in der Revisionsinstanz vor dem Leipziger Reichsgericht. Die Untersuchungshaft dauerte hierbei 1890 sieben Wochen. Das Breslauer Landgericht verurtheilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängniß, der Staatsanwalt hatte 6 Monate und Verlust des Reichstagsmandats beantragt.
8. Vorgebliche Majestätsbeleidigung, begangen durch die Presse, und zwar durch den Artikel: „Zum schlesischen Kaiserfest“.
9. Vorgebliche Majestätsbeleidigung, begangen durch die Presse, und zwar durch die Notiz: „Der Kaiser in Norwegen“.
10. Vorgebliche Majestätsbeleidigung, begangen durch die Presse, und zwar durch den Artikel: „Der Kaiser und die Korpsstudenten“.
11. Vorgebliche Majestätsbeleidigung, begangen durch die Presse, und zwar durch den Artikel: „Die Korpsstudenten und der Kaiser“. (Der letztere Artikel trägt die Ueberschrift: „In eigener Sache“.)
12. Vorgebliche Majestätsbeleidigung, begangen durch die Presse, und zwar durch den Leitartikel: „Brotzoll“.

Ein Preßprozeß gegen Kunert, wegen dessen gegen ihn 1890 die polizeiliche Zwangsvorführung vor den Untersuchungsrichter Wiedemann verhängt wurde, ist durch Niederschlagung des Verfahrens erledigt. — Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß Kunert wegen Preßvergehen bereits zweimal vorbestraft ist, und zwar wegen Beamtenbeleidigung durch die Presse und wegen Zuwiderhandelns gegen die Bestimmungen des Sozialistengesetzes.

Wird unter den Fällen 1 bis 12, die vielfach zu Konfiskationen der betreffenden Nummern der „Schlesischen Nachrichten“, der „Schlesischen Volkswacht“ und der „Volkswacht für Schlesien und Posen“, sowie zu einer größeren Anzahl von Haussuchungen während der Immunität Kunerts in dessen Wohnung führten, die Verjährungsfrage für Preßdelikte bejaht, was eine Nothwendigkeit ist, da seit Verübung jeder einzelnen in Betracht kommenden sogenannten Strafthat ein Zeitraum von mehr als sechs Monaten verstrichen ist und eine gesetzlich zulässige Unterbrechung der Verjährung durch eine richterliche Handlung in keinem dieser Fälle bewirkt worden ist, — so entbehren neun Anklagen im Vorhinein der gesetzlichen Unterlage und es bleiben also dann nur drei angebliche Vergehen für gerichtliche Verhandlungen bestehen.

* * *

Ein Nachzügler des Sozialistengesetzes. Das Sozialistengesetz, das nun schon seit anderthalb Jahren begraben ist, muß wie das Hallesche „Volksblatt“ mittheilt, nochmals ausgegraben werden. In diesen Tagen haben die Genossen Krüger und Pape in Halle zum 10. Mai d. J. Vorladung vor das Landgericht zu Magdeburg erhalten, um sich wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz zu verantworten. Die Genossen, mit denen auch wegen derselben Sache Genosse Kunert angeklagt ist, sollen im September 1889 eine verbotene Versammlung abgehalten haben, welche angeblich in Döllnitz stattgefunden hat. Die Angelegenheit beschäftigte bereits das Hallesche Landgericht, welches aber zu einem freisprechenden Urtheil gelangte. Auf Grund der seitens der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision verwies das Reichsgericht die Sache zur weiteren Verhandlung an das Landgericht Magdeburg, woselbst für den 16. Dezember 1890 bereits Termin angesetzt war. Inzwischen hatte aber der Reichstag beschlossen, daß das Verfahren gegen Kunert während der Dauer der Session einzustellen sei, weshalb dann der Termin vorläufig aufgehoben wurde.

* * *

Zur Maifeier. In Wandsbeck hat die Polizei den Umzug nicht genehmigt; Gründe gab sie nicht an. — In Hartha (Sachsen) wird das sozialdemokratische Gemeinderathsmitglied Grünberg gemäß dem Beschlusse einer Volksversammlung den Gemeinderath um 50 M. Zuschuß zur Maifeier ersuchen, da man für das Sedan- und ähnliche Feste ja gleichfalls städtische Gelder bewilligt. Die Harthaer Arbeiter unternehmen am 1. Mai als Einleitung der Feier einen Ausflug nach Limmerich, woselbst sie mit den Parteigenossen aus Döbeln und Waldheim zusammentreffen. — Die czechischen Genossen in den Industriezentren Böhmens beabsichtigen die Versammlungen am 1. Mai aus verschiedenen gewichtigen Gründen unter freiem Himmel abzuhalten. Derartige Versammlungen sind bis jetzt projektirt: in Prag zwei, eine auf der Schützeninsel, die andere auf der Insel Neu-Venedig. In Brünn eine (am weißen Berge bei Julienfeld). In Pilsen, in Königgrätz, in Kladno und in Brüx je eine. Außerdem ist schon jetzt eine große Masse von Vereins- und öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Lokalen angezeigt. — Stuttgart. Nachdem von Seiten der Liederkranz-Gesellschaft der große Saal der Liederhalle sowie von Seiten der städtischen Behörde die Reit- und Gewerbehalle verweigert worden sind, ist der Plan einer einheitlichen Feier unmöglich geworden. Auch das Projekt, durch einen großen Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt zu demonstriren, kann wegen Verbots nicht zur Ausführung gelangen. Es werden nun in Stuttgart, Heslbach, Stöckach und Berg Vormittags 11 Uhr zusammen 5 Versammlungen stattfinden und Nachmittags 4 Uhr wird in der Arbeiterhalle und im Weiß'schen Saale Vokal- und Instrumentalkonzert abgehalten. Hierbei muß erwähnt werden, daß, wie die „Schwäb. Tagwacht“ mittheilt, der Ausschuß des Gutenbergvereins die Theilnahme der Sänger an der Maifeier unter Berufung auf § 7 seines Statuts „mit Bedauern“ abgelehnt hat. Der § 7 lautet: „Die Betheiligung an jedweder Veranstaltung politischer Natur ist ausgeschlossen.“ An Sedans- und dergleichen Festen sich zu betheiligen ist man früher weitherzig genug gewesen. Hoffentlich machen die Stuttgarter Buchdrucker dem Ausschuß den Standpunkt klar; wenn das Statut wirklich im Wege stünde, was beim Charakter der Maifeier als des Achtstundentages gar nicht der Fall, so hatte man es ja in der Hand, das Statut zu ändern. Im Uebrigen ist es für jeden Gesangverein eine Ehre, bei der Maifeier mitwirken zu können. — Die Chemnitzer Arbeiter feiern das Fest in zwei Lokalen, in der Feldschlößchen-Brauerei zu Altendorf und im „Hirsch“ zu Gablenz. — Die Arbeiter Offenbachs werden am 1. Mai ein großes Waldfest abhalten, mit welchem ein Zug verbunden sein soll. Da außer sämmtlichen Gewerkschaften auch fast alle Vergnügungsvereine ihre Betheiligung zugesagt haben, so wird die diesjährige Maifeier in jeder Beziehung großartig werden.

Die Engländer, die noch vor wenig Jahren gegen die Einführung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung waren, werden dieses Jahr im Hyde-Park zu London eine Riesendemonstration zu Gunsten des gesetzlichen Achtstundengesetzes veranstalten. Sie wünschen, daß bei dieser Demonstration Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz durch Abgeordnete vertreten seien. Im Namen des Londoner Gewerkschaftsraths hat deshalb Georg Shipton folgende Einladung ergehen lassen: „Unser Gewerkschaftsrath wird Sonntag, den 1. Mai, eine große Arbeiterdemonstration im Hyde-Park halten und zwar zu Gunsten des gesetzlichen Achtstundentages. Wir wünschen sehr, daß bei dieser Gelegenheit Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz vertreten wären. Wenn also Ihre Arbeiterverbände die Ausgabe für einen Delegirten aufbringen könnten, der im Stande wäre, hier zu sprechen, so würden wir uns glücklich schätzen, demselben einen Platz auf unseren Platformen (Rednerbühnen) einzuräumen.“

* * *

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Café de la Nouvelle Poste, Ecke von Rue Montmartre und Rue Etienne Marcel — Eingang Rue Etienne Marcel.

Der Verein, welcher auf dem Boden des Erfurter Programms steht, hält jeden Sonnabend eine öffentliche Versammlung; er hat eine reiche Bibliothek, Zeitungen liegen aus, und den Mitgliedern wird deutscher Unterricht ertheilt.

Der deutsche Arbeiter, der fremd nach Paris kommt, findet in dem deutschen sozialdemokratischen Leseklub einen Anlehnungspunkt, Rath und Belehrung.

Lokales.

Die neue Schloßlotterie wird kommen, daran hegen wir keinen Zweifel. Die Macher wissen, daß man mit Ausdauer und Unverschämtheit zum Ziele kommt und daß es mit dem Widerstand der „Liberalen“ und „Freisinnigen“ nicht weit her ist. Das Projekt der Schloßlotterie hat schon eine lange Vorgeschichte, über welche verschiedene Blätter berichten, freilich ohne den Schleier von den agirenden und agitirenden Personen und Kreisen wegzuziehen. Die Macher sollen, wie die „Freisinnige Zeitung“ zu berichten weiß, zunächst den Plan gehabt haben, die für das Projekt nothwendigen Millionen durch freiwillige Beiträge aufzubringen. Sie wandten sich an eine Anzahl reicher Leute und suchten diese damit zu locken, daß man sie im Falle ansehnlicher Beiträge höheren Orts zu Orden und Titeln in Vorschlag bringen würde. Seit dem Fall Manché scheint diese Lockung aber den Reiz verloren zu haben. So waren also die Millionen nicht aufzubringen.

Die „Post“ erzählt zur Vorgeschichte des Lotterieplanes:

> „Der Kaiser hat ein Projekt wieder aufgenommen, das bereits von Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich geplant war, nämlich die Anlage von Terrassen mit niedrigen Baumpflanzungen auf der Südseite des Berliner Schlosses, ähnlich wie sie auf der Nordseite bestehen. Seitdem der jetzige Kaiser im Schlosse Residenz genommen, hat die Anlage von Terrassen eine viel größere Bedeutung, als unter den früheren Herrschern, die im Schlosse nicht wohnten. Es sollte der nervenbetäubende Lärm der Straße gedämpft, der eindringende Staub abgehalten und für die Prinzen, was jede wohlhabende Bürgerfamilie besitzt, ein Gärtchen zur Bewegung im Freien im Anschlusse an den Gartenplatz an der Spree geschaffen werden. Zugleich wurde von Persönlichkeiten, denen der Schutz der allerhöchsten Person besonders anvertraut ist, ohne Vorwissen des Kaisers der Wunsch ausgesprochen, das Schloß durch die Vorlage der Terrassen vor anarchistischen Bubenstücken besser zu bewahren.“

Auch soll bereits mit der Stadt in Verhandlungen getreten sein. Die Stadt (v. Forkenbeck!) soll sehr zuvorkommend sich gezeigt haben. Es heißt dann weiter:

> „Mit den für die Genehmigung der Anleihe oder Lotterien zuständigen Behörden ist bisher in keiner Weise, auch nicht vertraulich, verhandelt worden. Ebenso wenig hat der Kaiser, sofern dies nicht durch die Zeitungen geschehen, Kenntniß von diesen Plänen.“

Wer sind nun die Personen, die ohne Wissen des Kaisers solche Projekte hegen? Und wie kommt die Stadt dazu, mit solchen unberufenen Projekteschmieden sich überhaupt einzulassen? Es wäre ganz gut, falls wir es nicht mit bloßem Zeitungsgewäsch zu thun haben, wenn der Herr Oberbürgermeister im rothen Hause einmal interpellirt wird, ob an dieser Hintertreppen- und Vorzimmer-Schacherei und -Gründerei etwas dran sei, und die Stadt dagegen zu verwahren, sich in derartige dunkle Machenschaften einzulassen.

Arbeit, kein Almosen! Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 89 die Zuschrift eines Arbeiters. Ein Amtsbruder des Pastor v. Bodelschwingh schickt uns über den betreffenden Artikel ein Schreiben, in welchem er berichtigt, daß Kästorf bei Gifthorn und nicht bei Bielefeld liegt, und daß die Villa des Pastors v. Bodelschwingh ein einfaches Pfarrhaus sei, wie es den Ansprüchen der meisten Pastoren nicht genügen würde. Herr v. Bodelschwingh, obwohl von Jugend auf an vornehme Umgebung gewöhnt, sei einer der anspruchslosesten und liebevollsten Menschen, er sowie seine Frau seien beide Ministerkinder und lebten doch in den bescheidensten Verhältnissen, während sie ihr Vermögen in Werken der Menschenliebe geopfert hätten. Nun gut, wir haben nichts gegen die Person des Herrn v. Bodelschwingh einzuwenden, aber, wenn er auch ein Engel wäre, sein Werk können wir nicht loben. So gut auch seine Absicht gewesen sein mag, welchen Nutzen auch Arbeiterkolonieen hätten bringen können, so wie sie gegenwärtig existiren, dienen sie, ebenso wie die Bettelvereine, nicht der Liebe, sondern der Förderung der Lieblosigkeit. Wir haben erst jüngst einen Fall erwähnt, wo ein reicher Bäckermeister einen fast verhungernden Arbeiter, der ihn um eine Schrippe bat, abwies und ihm statt dessen einen Bon für die Arbeitskolonie überwies. Den thatsächlichen Inhalt jenes Artikels hat der Herr Pastor nicht bestreiten können. Wenn er erzählt, daß es Fälle genug gebe, in denen Knechte mit 80 bis 100 Thaler Jahreslohn am Jahresschluß kaum noch 2,18 M., wie der betreffende Arbeiter nach achtmonatlichem Aufenthalt in Kästorf erhielt, herausbekommen, ja oft sogar bei ihrem Herrn ein Minus haben, obwohl die Knechte völlig freie, reichliche, sehr gute Kost, freie Wäsche und Wohnung haben, so mag der Herr Pastor sich selbst doch überlegen, wie unpassend es ist, das Leben eines solchen Knechts, der während des Jahres doch die 240 bis 300 M. erhielt und am Schlusse des Jahres nichts zu fordern hat, mit dem Leben des in der Arbeitskolonie Beschäftigten zu vergleichen, dem die kümmerliche rauhe Kost und ein alter Anzug nebst 2 M. der ganze Ertrag einer achtmonatlichen Arbeit ist. Von bodenloser Aufreizung gegen Stände und Personen kann gerade in diesem Fall am allerwenigsten die Rede sein, und die Gerechtigkeit würde es erfordern, wenn der Herr Pastor, statt bei uns splitterzurichten, die ihm näher liegenden Balken in Angriff nehmen würde.

Der deutsche Bund für Bodenbesitz-Reform will eine friedliche Sozialreform bekanntlich durch die Verstaatlichung des Grund und Bodens fördern. Bis heute hat der Bund Erfolge nicht erzielt, die Stimmen seiner Wortführer verhallen wie die des Predigers in der Wüste. Das ist durchaus erklärlich, denn eine Hauptstütze der kapitalistischen Gesellschaft besteht in dem Grund- und Bodenwucher, deshalb steht dieselbe wie ein Mann gegen den Bund. Die Anhänger der sozialistischen Gesellschaftsidee haben keine Veranlassung das einseitige Vorgehen des Bundes zu unterstützen, denn eine Verstaatlichung des Grund und Bodens allein kann die soziale Frage nicht aus der Welt schaffen. Daß die Mitglieder des Bundes sich scheuen, aus ihrem Vorgehen die einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen, ist bezeichnend für diese „Halben“. Wenn zur Verstaatlichung des Grund und Bodens nicht die der Betriebe überhaupt kommt, ist der Arbeiter wenig oder gar nichts gebessert. Daß es nicht angeht, für das eine Propaganda zu machen und das andere zu bekämpfen, müßten die Bodenreformer doch schließlich einsehen.

Immerhin aber liefert das Organ des Bundes interessante Beiträge über den Grundstücks- und Miethswucher in Berlin. Dieselben entstammen der „Deutschen Landwirthschaftlichen Zeitung“ und liefern den Beweis dafür, welche schandbaren Orgien das Kapital nach dieser einen Richtung hin gefeiert hat. Als vor 40 Jahren, so führt das Blatt aus, ein Café Unter den Linden 300 Thaler Miethe pro Fenster bezahlte, sei ganz Berlin in Aufregung gerathen. Thatsächlich habe das Café nicht bestehen können, sondern sei nach wenigen Jahren „alle“ gewesen. Heute allerdings würden die Ladenfenster Unter den Linden nach Tausenden berechnet und selbst hinten auf dem Hofe, wo weder Sonne noch Mond hinscheine, werde das Fenster nicht unter 300 M. Miethe abgegeben. Folgendes Beispiel ist für die einschlägigen Verhältnisse bezeichnend:

> „Vor 50 Jahren verkaufte der Amtmann Griebenow auf dem Wedding Morgen für Morgen mit 5 Thalern. Die Käufer waren arme Schuldner, die dadurch als Grundbesitzer dem Schuldarrest entgingen. Jetzt und besonders seitdem die Berliner Ringbahn über den Wedding führt, verkauft man dort die Quadratrute desselben Landes für 50 Thaler. Der Grundstückswerth ist also in 50 Jahren um **1800 pCt. emporgewuchert worden,** d. h. der Morgen ist von 5 Thaler auf 27 000 Mark gestiegen.“

Amt und Würden selbst schützten den ehrenwerthen Kapitalisten nicht vor der Anfechtung, sein Kapital durch unerhörte Manipulationen in kurzer Zeit zu verzehnfachen. Parlamentsdrucker, Stadträthe, Oberförster und „auch sehr hochgestellte Persönlichkeiten“ hatten ihre Hände im Spiele, um durch den Bau der Stadt- und Ringbahn enorme Summen einsäckeln zu können. Sie „legten sich mitten in den Weg“, kauften alles, was zu kaufen war, kauften und verkauften zu immer höheren Preisen und schachteten auf Unland Straßenzüge aus, um auch dies Unland zum Baustellenwerthe zu verkaufen. „So ist mir eine große Fläche Unland bekannt, deren erster Kaufpreis **15** Thaler betrug. Der jetzige Besitzer hat auf die beiden Reststücke, welche die Eisenbahn übrig gelassen, bereits 30 000 M. Schulden und will dieselben nur gegen **100 000** Mark bar verkaufen . . .“

Schließlich gelangt das Blatt zu dem Schluß, daß unter solchen Verhältnissen die gesammte werkthätige Bevölkerung nur noch für die Hauswirthe arbeite. Aber auch diese seien noch schlimm daran, denn sie seien nur die Zinsexekutoren ihrer Hypothekengläubiger. Diese allein hätten alles, sie hätten aus fünf Thalern 27 000 M. gemacht. Ein schauerlicher Hypothekenkrach werde nicht ausbleiben, der dann freilich das ganze Land in Mitleidenschaft ziehen werde.

Einiges Unglück ist nun freilich den Bodenbesitzreformern dadurch passirt, daß ihr Organ diesen Artikel kritiklos übernommen hat. Dieser Artikel besitzt nämlich die Eigenthümlichkeit, sich selbst zu widerlegen, — ein unangenehmer Lapsus ist es immer, wenn man sich in ein und demselben Athemzuge höchstselbst dementirt. Wir haben schon Einiges konstatirt, daß die Verstaatlichung von Grund und Boden nicht ausreicht, um an den Zuständen etwas zu bessern. Das gesteht das Blatt selbst zu, indem es auf — England exemplifizirt. Dort kenne man einen solchen Grundstücks- und Miethswucher nicht. „Das englische Haus, die Werkstatt, die Fabrik, Lager, Remisen und Läden sind auf unverkäuflichem unverschuldbarem Grund und Boden errichtet, der auf 99 Jahre gepachtet wird. Pachtversteigerungen gelten als unanständig. Der größte Theil von London steht auf dem ungeheuer reichen Marquisat von Westminster, das keiner Pachtsteigerungen bedarf. Einmal wollte es zwar der Bischof von London mit einer kleinen Steigerung versuchen, aber sie unterblieb, denn das Publikum warf ihm faule Aepfel in die Fenster und die Konstabler warfen mit.“

Das mag Alles ganz schön gewesen sein. Aber sind denn deshalb die sozialen Verhältnisse in England besser als bei uns? Jedes Kind wird uns zugestehen, daß das nicht der Fall ist. Im Gegentheil sogar! Dem englischen Kleinhandwerker, dem englischen Arbeiter geht es kaum besser wie dem Deutschen; keine Stadt der Welt weist so viel Noth und Elend auf wie London, nirgends macht sich der Gegensatz zwischen arm und reich so geltend wie dort. Was also hat die ganze billige Grund- und Bodenpacht der Londoner arbeitenden Bevölkerung genutzt. Einfach Nichts! In Deutschland, in Berlin würde sich ganz das gleiche Resultat ergeben. Das Programm der Bodenreformer führt also, wie sie selbst eingestehen müssen, nicht zum Ziel. Dieselben thun somit am Besten, wenn sie auf halbem Wege nicht stehen bleiben. Wenn sie den Muth haben ihr Programm auszubauen und dasselbe Erfolg versprechend zu gestalten, dann stehen sie in unseren Reihen und sind eingeschworen auf das Programm unseres Erfurter Parteitages.

Die arme „National-Zeitung“ ist wegen ihres von uns schon gewürdigten Artikels über die altchristliche Literatur und des Vergleichs derselben mit der „sozialdemokratischen Hintertreppen-Literatur“ in ein Kreuzfeuer seitens der pfäffischen Blätter gerathen. Wie kann man die Verbreitung der Evangelien und Apostelbriefe mit der Thätigkeit der Sozialdemokratie in Vergleichung bringen? Welch schreckliche Blasphemie! Der „National-Zeitung“ ist nun davor doch Angst geworden und sie sucht sich den Frommen gegenüber zu vertheidigen, indem sie schreibt: „Für jeden „denksähigen“ Leser bezieht sich der Vergleich auf die heimliche Verbreitung und auf die gegen die damalige Ordnung der Dinge feindliche Tendenz.“ Hier aber kommt sie erst recht schlecht weg bei den Frommen. Der Vergleich der Verbreitung wird von „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ zurückgewiesen und zwar weil, wie die „Kreuz-Zeitung“ sagt, die altchristliche Literatur wohl auch zeitweise hierdurch

verbreitet sein mag, die sozialdemokratische aber so offen als möglich, und wie der „Reichsbote“ sagt, weil die altchristliche Literatur ganz öffentlich, sogar auf den Marktplätzen, während die sozialdemokratische heimlich verbreitet wird. Wo die Gottesdienste der alten Christen in tiefster Verborgenheit, selbst in Grabeshöhlen abgehalten wurden, so geschah es nur aus dem Bedürfniß der Ungestörtheit und Ruhe. Dann aber verwahren sich beide Blätter gegen die der damaligen Ordnung der Dinge feindliche Tendenz, indem sie den Spruch von der Obrigkeit, die von Gott ist, und der man gehorchen müsse, zitirt. Als ob damit die feindliche Tendenz gegen die damalige Ordnung der Dinge weggeleugnet werden könnte. Das Christenthum war mit seiner bloßen Existenz der extremste Feind der damals bestehenden Ordnung. Wessen sich die ersten Christengemeinden rühmten, was damals ihr Stolz war, des schämen sich die heutigen Säulen des „christlichen“ Staats.

10 000 beschäftigungslose Maurer giebt es gegenwärtig in Berlin. Die Zahl derselben wird sich um so weniger verringern, als sich auch im Sommer ein Aufschwung im Baugeschäft nicht erhoffen läßt. Das Privatkapital will nicht mehr so recht heran, es wird bei der Bauerei nicht mehr so viel „verdient“, als daß die Profitwuth des Kapitals noch seine Befriedigung finden könnte. Der Staat beschränkt sich auf das Nothwendigste, — er muß sich mit dem Etat für seinen Militarismus so wie so einschränken. Und die Stadt? Die kennt keinerlei Nothstand und hat in richtiger Würdigung dieses Umstandes noch nicht einen einzigen städtischen Bau beginnen lassen. Im Winter wurde nach dieser Richtung hin sehr viel versprochen, — um die Versprechen im Frühling nicht zu halten! Man sollte nun aber doch meinen, daß die Arbeitslosigkeit während des Winters bedenkliche Symptome zur Genüge gezeitigt hätte, um wenigstens jetzt vorbeugende Maßregeln gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die Stadtverwaltung Berlins scheint auch nach dieser Richtung hin ihre eigene Meinung zu haben. Sie hat mit einer eisernen Konsequenz monatelang den „Nothstand“ geleugnet. Als die Katastrophe hereinbrach und das Leugnen Nichts mehr half, kamen die schönen Versprechungen. Man konnte doch vor der Welt das Odium nicht auf sich sitzen lassen, einen Theil der Schuld selbst zu tragen! Heute erweisen sich die Versprechungen eben nur als Versprechungen, als ein Wechsel auf die Zukunft, mit dessen Einlösung Niemandem ernst ist.

Daß die Berliner Maurer unter solchen trübseligen Verhältnissen eine Agitation zu Gunsten der Aufbesserung ihrer Lage nicht unternehmen können, wenn sie nicht von vornherein auf einen Erfolg verzichten wollen, ist ganz selbstverständlich. Um aber nicht unthätig zu sein, wird ein Einzelkampf gegen die Bauunternehmer beginnen, die am wenigsten für das Wohl und Wehe ihrer Arbeiter sorgen. Behufs Beseitigung verschiedener sanitärer und anderer Mißstände wird einzelnen besonders schlecht angeschriebenen Unternehmern in der Zeit der Bau gesperrt werden, in welcher darauf zu rechnen ist, daß die Unternehmer mit den meisten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das Ziel der Erringung des 60 Pf.-Stundenlohnes wird natürlich nicht aus den Augen verloren werden. Die Sammlungen für einen Generalfonds sind bereits im Zuge, die Füllung der Kriegskasse ist die erste Bedingung zur Erzielung eines Erfolges. Daß derselbe nicht ausbleiben wird, dafür bürgt die zielbewußte Führung der in allen Kämpfen erprobten Maurer Berlins.

Warnung vor Schwindel. Ein ambulanter Lotteriehändler, welcher uns als eine elegante Erscheinung mit blondem Haar und zierlichem Schnurrbart geschildert wird, giebt gegenwärtig in den einzelnen Haushaltungen Antheile zu Lotterieloosen aus; er weiß dieselben mit großer Redegewandtheit an den Mann, noch häufiger an die Frau zu bringen. Das Formular, auf welchem der Mann über den erhaltenen Beitrag quittirt, bildet gleichzeitig den Antheilschein, indem durch dieses Schriftstück bescheinigt wird, daß „Herr N. N. für den eingezahlten Betrag von so und so viel Mitspieler ist an dem Loose Nr. — (folgt irgend eine Nummer der Preuß. Klassenlotterie).“ Jeder Betrag wird angenommen, nach dessen Höhe sich natürlich die Größe des Gewinnantheils normirt. Der Mann ist ferner in der glücklichen Lage, derartige Antheile von fast allen in Deutschland gespielten Lotterien abgeben zu können.

Verhaftet. Der in weiteren Kreisen bekannte Kaufmann Hoffmann, Lutherstr. 10, ist verhaftet worden. Hoffmann war Vertreter für große Steinbrüche und Ziegeleien und vermittelte namentlich die Lieferungen von Pflastersteinen für Berlin. Er hielt einen sehr üppigen Haushalt, und seine Wohnung, die fast täglich den Sammelpunkt von Gesellschaften bildete, ist reich ausgestattet. Es hat sich nun herausgestellt, daß H. stark verschuldet ist, und daß seine Gläubiger ihn zum Offenbarungseide gedrängt haben. Man macht ihm jetzt den Vorwurf, daß er gelegentlich des Eides Vermögensstücke verheimlicht habe, und es erfolgte seine Verhaftung wegen Meineides.

Zu der Granatexplosion in Tegel. Die Personalien des bei der Granatexplosion in Tegel Getödteten, der vorgestern begraben worden ist, sind bisher noch nicht festzustellen gewesen; die Rekognoszirung ist sehr erschwert, da die Leiche total zerrissen ist, die Kopfhaut und die Barthaare gänzlich verbrannt, auch die Gesichtszüge durch Brandwunden entstellt sind. Allem Anschein nach ist der Verunglückte ein dem Arbeiterstande angehöriger, sehr jugendlicher Mann gewesen, der dem Vogelfange nachgegangen ist, wie bei der Leiche gefundene verkohlte Ueberreste von Leimruthen bekunden. Der verhaftete Arnold Weber hat in dem letzten Verhör zugestanden, daß er die Absicht gehabt habe, Vögel zu fangen, bleibt aber dabei, daß er den Getödteten nicht gekannt habe.

Auf der Rutschbahn verunglückt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern Nachmittag in der vierten Stunde in einem an der Köpenicker Chaussee belegenen Vergnügungslokal ereignet. Daselbst befindet sich eine sog. elektrische Rutschbahn, auf welcher die Passagiere in hängender Stellung an Ringen ein etwa 10 Fuß hohes, schräg abgehendes Drahtseil hinabgleiten. Gestern nun verlor der zehnjährige Sohn des in Friedrichsfelde wohnenden Bahnbeamten Peters einen der Ringe aus der Hand, er vermochte nicht, sich zu halten und stürzte derart zur Erde, daß er sich den rechten Unterschenkel brach. Der Knabe wurde, nachdem ihm seitens eines zufällig anwesenden Krankenwärters ein Nothverband angelegt war, mittelst Wagens nach der Charitee geschafft.

Ein Opfer des Wassersports. Von einem ihm entgegenkommenden schwerbeladenen Frachtdampfer wurde vorgestern ein Ruderboot, das sich ein junger Mann bei den Zelten gemiethet hatte, umgeworfen; der Insasse, der das Nähe des Kolosses erst sehr spät bemerkte und völlig kopflos das Ruder hatte sinken lassen, gerieth unter den Dampfer, so daß jeder Rettungsversuch sich als vergeblich erwies.

Diebstahl. Bei dem Milchhändler Feldbinder zu Schöneberg brachen in der vorvergangenen Nacht Diebe in den Pferdestall und stahlen einen Schimmel und einen Fuchs. Von den Einbrechern und ihrer Beute ist bisher Nichts zu ermitteln gewesen.

Fund. Im Köpenicker Revier sind ein Herrenhut und ein heller Ueberzieher, in dessen Taschen sich zwei Taschentücher, gezeichnet W. W., befanden, am Spreeufer gefunden worden. Die Köpenicker Polizei vermuthet einen Selbstmord, eine Leiche ist jedoch noch nicht angeschwemmt worden.

Verunglückte Landpartie. Vorgestern früh unternahm ein hiesiger humoristischer Verein mittelst Kremser eine Landpartie nach Malsdorf. Als die Wagen von Friedrichsfelde aus nach der Frankfurter Chaussee bogen, scheuten plötzlich die Pferde des zweiten Gefährtes infolge des gellenden Pfiffes eines vorüberfahrenden Schnellzuges und rasten, trotzdem der Kutscher Alles aufbot, die Thiere zu halten, die Chaussee hinab, bis der Wagen endlich an einen Prellstein lief und dadurch umgeworfen wurde. Der größte Theil der Insassen flog in den mit Morast gefüllten Chausseegraben, wobei nicht wenige sich größere und kleinere Verletzungen zuzogen. Die Partie wurde aufgegeben, die Verletzten wurden nach ihren Wohnungen bezw. nach dem Krankenhause geschafft.

Zu der Eisenbahn-Katastrophe zu Bromberg. Der gelegentlich der Eisenbahn-Katastrophe bei Bromberg verunglückte Zugführer Heimsoth aus Charlottenburg ist am 16. d. in dem Bromberger Diakonissenhause seinen Verletzungen erlegen.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Vormittags gingen in der Bärwaldstraße die Pferde eines mit Stroh beladenen Arbeitswagens durch und bogen in die Blücherstraße ein. Hierbei wurde der Kutscher von seinem Sitz herabgeschleudert, vermochte jedoch noch die Deichsel zu erfassen und wurde so eine Strecke weit mitgeschleift, bis es einem Schutzmann gelang, die Pferde vor dem Hause Blücherstr. 57 aufzuhalten. Der Kutscher erlitt eine schwere Verletzung am Knie und mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden. — Nachmittags sprang ein Student in selbstmörderischer Absicht am Hafenplatz ins Wasser, wurde jedoch noch lebend herausgezogen und nach der Charitee gebracht. — Im Laufe des Tages und in der darauffolgenden Nacht fanden 12 Brände statt.

* * *

Erklärung.

Wir finden in Nr. 87 des „Vorwärts“ vom 12. April eine Notiz über ein neues Schiedsgericht, welches in Sachen der Frau Gubela abgehalten worden ist. Wir bitten die Redaktion des „Vorwärts“, davon Vermerk zu nehmen, daß diese Angelegenheit bereits durch ein, in öffentlicher Volksversammlung vor fünfviertel Jahren gewähltes Schiedsgericht erledigt worden ist. Wir, als Mitglieder jenes ersten Schiedsgerichts, halten uns für verpflichtet, zu erklären, daß wir, mit vollster Kenntniß der Sachlage, das damals gefällte Urtheil in allen seinen Theilen aufrecht erhalten müssen, und daß dasselbe in unparteiischster Weise und ohne irgend welche Beschränkung des Vertheidigungsrechts der Frau Gubela gefällt worden ist.

Berlin, den 20. April 1892.

Ottilie Bander. Auguste Schneider.
Gustav Janz. Mathilde von Hofstetten.

* * *

Dritter evangelisch-sozialer Kongreß.

Im großen Saale der Stadtmission trat gestern zum dritten Male ein „evangelisch-sozialer“ Kongreß zusammen, der, wie es der Vorsitzende, Herr Landes-Oekonomierath Nobbe, in seiner Eröffnungsansprache ausdrückte, die wirthschaftlichen und sozialen Zustände durch das „Licht des Evangeliums“, durch Gottes Wort und die christliche Gemeinde zu reformiren beabsichtigt. Der Kongreß setzt sich denn auch in der Hauptsache aus Geistlichen und geheimen und nichtgeheimen Regierungsräthen zusammen, welche die Sozialforschung so weit treiben, wie es dem Gottesgnadenthum genehm ist. Wie weit diese Sozialforschung gehen und welcher Art die darauf gegründeten Reformvorschläge sein können, erhellt aus dem reaktionären Standpunkte, von dem aus sie unternommen und vorgebracht werden, und wird illustrirt durch das heute vom Vorsitzenden ausgesprochene Bedauern, daß die Lehrer der Volkswirthschaft und die Großindustriellen und großen Landwirthe sich den Bestrebungen des Kongresses noch fernhalten, während man ihnen doch zurufen dürfte: Tua res agitur, dein eigenes Interesse wird hier gefördert! Auch ein paar Arbeiter haben als Abgesandte frommer christlicher Arbeitervereine sich eingefunden, und einer davon wird durch den ersten Vorsitzenden, den oben genannten Herrn, in das Bureau berufen, dem u. A. als zweiter Vorsitzender Herr Hofprediger Stöcker und als Ehrenpräsident Herr Professor Wagner angehörten.

Mit Wohlwollen sieht die Regierung, deren verschiedene Spitzen eingeladen sind, auf das Vorgehen der Evangelisch-Sozialen. Der Reichskanzler bedauert, daß er verhindert ist zu erscheinen. Der Minister des Innern ist zwar auch verhindert, hat aber seinen sämmtlichen vortragenden Räthen ꝛc. Kenntniß von der Einladung gegeben und Herr Unterstaatssekretär Braunbehrens ist auch diesmal wieder als sein offizieller Vertreter anwesend. Der evangelische Oberkirchenrath hat Herrn Konsistorialrath Hubert entsandt, der Kultusminister Herrn Regierungsrath Schwarzkopf. Der Handelsminister v. Berlepsch ist selbst gekommen und hat den Ministerialdirektor Lohmann mitgebracht. Auch der bekannte Geh. Rath Post, Chef der Abtheilung im Handelsministerium für Arbeiter-„Wohlfahrts“-Einrichtungen, und Professor Schmoller sind unter den Anwesenden.

Aus dem Jahresberichte des Generalsekretärs, des bekannten Kandidaten Herrn Göhre, sei erwähnt, daß nur 350 Personen sich zu ständiger Zahlung eines Beitrages herbeilassen. Eine erfreuliche Entwickelung, so wird mitgetheilt, nimmt die Auskunftsstelle der Evangelisch-Sozialen; viele Kandidaten der Theologie und Andere holen sich dort Auskunft darüber, wie und woraus sie die soziale Frage studiren sollen. —

Die Verhandlungen des Kongresses leitet Herr Pastor Naumann aus Frankfurt a. M. mit einem Vortrag über „Christenthum und Familie“ ein. Derselbe bemerkt, daß die Theologen die Familie der bürgerlichen Gesellschaft zu malen pflegen, wie sie sein sollte, und damit den Arbeiter, der einsieht, daß das nichts für ihn ist, kalt lassen. Es handle sich, so fährt Redner fort, um die Frage, welches die unentbehrlichen Voraussetzungen des Familienlebens seien. Für die Sozialdemokraten kommen hier drei Schriften in Betracht, die von Engels über „Ursprung und Entwicklung der Familie“, ein nicht ganz leichtes, gedankenvolles Büchlein, Bebels Buch über „die Frau und der Sozialismus“, ein Buch, dessen Einfluß auf weite Kreise nicht zu verkennen sei, und Klara Zetkin's Schrift in der Arbeiterbibliothek, die mehr als ein Auszug aus den beiden ersteren Schriften sei. Redner streift einige der lächerlichsten bürgerlichen Vorschläge zur Reformirung der Ehe, wie z. B. den, wer nicht des erforderlichen materiellen Besitzes sich erfreue, solle nicht heirathen, um zu zeigen, daß die theologische Ethik vielfach nicht auf der Höhe stehe, wie sie sollte. Dieselbe bedürfe bezüglich der Ehe neuer Fragestellungen, die allerdings von der Sozialdemokratie aufgenöthigt würden. Die Evangelisch-Sozialen scheide von den Sozialdemokraten die verschiedene Meinung vom Zwecke der Ehe, den Redner in der Erzeugung, aber vor allen Dingen in der Erziehung der Kinder zum christlichen Glauben findet. Diese Erziehung müsse bis zum 20. Lebensjahre fortgesetzt werden und deshalb müsse die Ehe als unlösliche bestehen. Um die lange Erziehung des Kindes den Eltern zu ermöglichen, müsse der Arbeitsverdienst des jugendlichen Arbeiters zum Theil an dieselben abgegeben werden, die Arbeitszeit für alle Arbeiter müsse beschränkt werden, etwa bis zum Achtstundentage, und zureichende Wohnräume sollten geschaffen werden. Ein Volksleben ohne Wohnstube sür die Familie halte er für eine Ungeheuerlichkeit. Die Aufgabe, die hier sich darstelle, reiche vielleicht bis an die Grenze der Verstaatlichung des Wohnungswesens. Schließlich fordert Redner möglichst viele materielle Erleichterungen für Eltern vieler Kinder, aber alles dies nur als Mindestforderungen. In der Diskussion betonen u. A. Hofprediger Stöcker und Professor Adolf Wagner die Wichtigkeit der Wohnungsfrage. Ersterer verweist darauf, daß in Berlin ein Stadtmissionar 13 Personen in einer Kammer gefunden habe; derartiges müsse unmöglich gemacht werden, man könne doch nicht sittliche Zustände in die Luft bauen. Habe der Staat 100 Millionen für Germanisirung der polnischen Gegenden gehabt, so müsse er für diese sozialen Aufgaben die Summen gleichfalls aufbringen können. Prof. Lipsius-Jena betont: „Was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden.“ Prof. Wagner verweist angesichts des Geschreis, daß die Bourgeoisie bei einem Maurerstreik erhebt, auf die schwindelhafte Preissteigerung der Wohnungen, die durch die Spekulation hervorgerufen wird, und würdigt im Anschluß hieran die Vorgänge, wie sie sich nach dem Erlaß der Bau-Ordnung für den ländlichen Nachbarkreis abgespielt haben. Redner fordert durchgreifende Reformen des Privatrechts, fordert aber bezüglich der Ehe, daß demjenigen, welcher Kinder in die Welt setzt, die Sorge für dieselben nicht zu weitgehend abgenommen werde. Mehrere Pastoren streiten schließlich darüber, was die Bibel von der Frau fordere und für die Ehe vorschreibe.

Nach einer kurzen Pause spricht über „die erziehliche Bedeutung des Arbeiterschutz-Gesetzes“ der kaiserl. Regierungsrath Dr. Wolff aus Straßburg i. E., der früher preußischer Fabrikinspektor im Rheinland, und zwar der tüchtigste unter den preußischen war, aus diesem Grunde aber auch auf Betreiben des Unternehmerthums nach dem Elsaß versetzt wurde. Redner hebt hervor, daß die wirksame Durchführung des Arbeiterschutzes, wie ihn das Gesetz bestimmt, hauptsächlich bei den unteren Behörden und den Betheiligten liegt, und ist voll des Lobes „für unsere Arbeiterschutz-Gesetzgebung, dessen Berechtigung er zunächst an den Prinzipalbestimmungen nachzuweisen sucht. Die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter z. B. beruhe in gewisser Beziehung auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterschutze. Diese gesetzlichen Bestimmungen wirkten erziehlich für Arbeiter wie Unternehmer, was Redner ausführlich an der Bedeutung, welche das Verbot der Sonntagsarbeit für ein christliches Leben habe, zu erweisen sucht. Auch die übrigen Bestimmungen der Gewerbenovelle geht der Vorsitzende im Einzelnen durch und behauptet die erziehliche Wirkung derselben auf die Arbeiter auch da, wo die Arbeiter dadurch beschränkt werden. Es hatte den Anschein, als ob der Zweck des Vortrages darin bestand, zu zeigen, wie herrlich weit es unsere Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes im Allgemeinen bereits gebracht habe. Redner hob u. A. auch anerkennend hervor, daß, getreu dem Grundsatze, den Arbeiterschutz nur schrittweise einzuführen, die neue Gewerbe-Ordnungs-Novelle nicht so weit gegangen sei, wie es von Vielen erwartet war. Die Ausführungen des Redners gipfelten in folgenden Thesen:

1. Die Gewerbenovelle steht dem von ihr beherrschten Erwerbsleben gegenüber auf dem Standpunkte des Erziehers. 2. Ihre Erziehungsgrundsätze entsprechen der christlichen Ethik. 3. Ihr Erziehungsziel ist weit gesteckt, aber nur theilweise ausgesprochen. 4. Ihre Erziehungsmittel bedürfen der Ausgestaltung.

In der Diskussion wünscht der Schriftsteller Herr Paul Dehn eine erziehliche Wirkung der Arbeiterschutz-Bestimmungen auch auf die Behörden, bei denen er ein hinreichendes Wohlwollen und Hingebung für den Arbeiterschutz vermißt. Von den Arbeiterausschüssen hofft er Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern. Kommerzienrath Metzenthien aus Brandenburg bedauert, daß die Unternehmer im Allgemeinen die sittliche Verantwortlichkeit ihrer Aufgabe nicht erfaßt haben, und wünscht daher vor allen Dingen für diese eine erziehliche Wirkung des Arbeiterschutz-Gesetzes.

Nach Annahme der Thesen schlossen für gestern die gemeinsamen Verhandlungen. Nachmittags fanden Spezialkonferenzen statt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen eines recht schweren Erpressungsversuchs standen gestern der 20jährige Handlungskommis Sigismund Markus und der erst 18jährigen Kommis Martin Hopp vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Im Oktober v. J. erhielt der in einer kleinen schleswig'schen Stadt wohnhafte Kaufmann Sch. ein mit den Buchstaben A. Z. unterzeichnetes Schreiben, in welchem er aufgefordert wurde, umgehend unter den angegebenen Buchstaben und postlagernd an eines der hiesigen Postämter einen einfachen Brief mit 25 Mark in Papiergeld zu senden, widrigenfalls eine Anzeige wegen Meineides, den Sch. in einer früheren Prozeßsache geleistet haben sollte, gegen ihn erstattet werden würde. Ferner wurde demselben angedroht, daß man ihn in seinem Wohnorte vollständig unmöglich machen würde. Der Bedrohte sandte das Schreiben der Berliner Kriminalpolizei ein, welche einen Beamten nach dem bezeichneten Postamt schickte, der den Angeklagten Hopp festnahm, als dieser nach dem erwarteten Briefe sich erkundigte. Hopp gab an, daß er den Drohbrief im Auftrage des Markus geschrieben habe. Der Letztere, ein Verwandter des Kaufmanns Sch., sei mit demselben verfeindet und mit dessen Verhältnissen vertraut, er, Hopp, sei nur das ausführende Werkzeug gewesen. Im Verhandlungstermine behauptete der Angeklagte Markus dagegen, daß er von der ganzen Geschichte nichts wisse, Hopp habe die Verhältnisse des Sch. eben so gut gekannt, wie er, und Hopp habe den Brief aus eigenem Antriebe geschrieben. Bei dieser Behauptung blieb der Angeklagte Markus auch, trotzdem Hopp angab, daß die schriftlichen Aufzeichnungen des Markus, welche dem Inhalte des Drohbriefes zu Grunde lagen, noch in der Wohnung seiner Eltern zu finden sein müßten. Bei dieser Sachlage beschloß der Gerichtshof, beide Angeklagte wegen Verdachts der Verdunkelung in Haft zu nehmen, um in der Hopp'schen Wohnung eine Haussuchung vornehmen zu lassen. Nach kurzer Zeit ließ der Angeklagte Markus dem Gerichtshofe anmelden, daß er es vorziehe, ein Geständniß abzulegen. Es wurde darauf wieder in die Verhandlung eingetreten. Markus gab jetzt zu, daß er dem Hopp das Material zu dem Drohbriefe gegeben habe. Ebenso räumte Markus ein, daß er irgend welche Beweise für die Straſthaten, welche er dem Bedrohten vorgeworfen, nicht erbringen könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen Markus sechs, gegen Hopp drei Monate Gefängniß. Das Urtheil lautete gegen Markus auf ein Jahr sechs Monate Gefängniß, gegen Hopp auf sechs Monate Gefängniß. Markus wurde sofort in Haft genommen. Die Handlungsweise der Angeklagten sei eine so gemeine, daß dafür eine energische Strafe geboten sei.

Das Messer spielte wieder eine traurige Rolle in einer Anklage wegen schwerer Körperverletzung, die gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Der Angeklagte, Maurer Gottfried Schilling, hatte an einem Januar-Abende mit mehreren Personen in einem Schanklokale Karten gespielt. Er gerieth dabei in einen Streit, der auf der Straße fortgesetzt wurde und zu Thätlichkeiten überging. Der Angeklagte mußte der Uebermacht unterliegen. Als man von ihm abließ, griff Schilling zum Messer, mit dem er einen wuchtigen Hieb gegen das Gesicht des ihm zunächst stehenden Gegners, des Malers Riesewetter führte. Der Stich traf den vorspringenden Knochen unterhalb des linken Auges mit einer solchen Gewalt, daß die Klinge abbrach, die Spitze steckte im Knochen und hat herausgesägt werden müssen. Der Gerichtshof berücksichtigte den gereizten Zustand des Angeklagten bei Begehung der That, indem auf eine Gefängnißstrafe von einem Jahre drei Monaten erkannt wurde, wovon 2 Monate durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Soziale Uebersicht.

Schriftmalern zur Nachricht, daß die Kollegen bei der Firma Karl Heckert in Berlin in Lohndifferenzen sich befinden. Es wird in dieser Angelegenheit nächster Tage eine Versammlung stattfinden.

Siegreiche Streiks. Der Streik der Baumwollweber in der Polak'schen Weberei in B.-Trübau, welcher am 26. März dadurch provozirt wurde, daß Polak vier Weber, die Ausschußmitglieder des dortigen Arbeiter-Bildungsvereins waren, aus der Arbeit entließ, ist am 1. April zu Gunsten der Arbeiter beendigt worden. Drei der Entlassenen wurden wieder aufgenommen und auch eine kleine Lohnverbesserung zugestanden. — Die Brünner Damenschneider, welche vor zwei Monaten in eine Lohnbewegung eingetreten sind, haben ihren Streik gleichfalls siegreich bestanden. Am 4. April wurde ihnen eine neunstündige Arbeitszeit und ein Taglohn von 2,40 fl. bis 2,50 fl. zugestanden. Ueberstunden werden künftig doppelt bezahlt.

In Wien stellten 38 Gießer der Firma Dittmar die Arbeit wegen Lohndifferenzen ein. Sie verlangen die Entlassung des Gußmeisters, der die Schuld tragen soll.

Die Konferenz der Vorstände freier eingeschriebener Hilfs- und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteter Krankenkassen trat am 19. April in Hamburg zusammen. Nach der Präsenzliste sind 65 Kassen durch 73 Delegirte vertreten, darunter auch die Krankenkasse des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins. Das Referat über die durch die Novelle zum Krankenkassen-Gesetz nothwendige Umänderung der Kassen gab Deisinger-Hamburg, welcher nicht glaubte, daß die Existenz der Kassen nun ganz unmöglich sei; man werde sich auch mit der Novelle abfinden können. Niemeyer-Hamburg empfahl das Fortbestehen der Kassen; v. Elm-Hamburg hält das nicht für möglich, außerdem könnten wir in den Ortskassen auch etwas leisten, ferner sei das Interesse an den freien Kassen im Abnehmen begriffen und deshalb die Theilnahme an den Versammlungen der freien Kassen eine so furchtbar geringe. Weshalb solle man auf das Beitragsdrittel der Unternehmer Verzicht leisten? Auch Zuschußkassen seien zwecklos. Die Zuschüsse sollten von den Gewerkschaften gezahlt werden, dadurch würden diese gestärkt. Koberg-Wandsbeck wünscht die Aufrechterhaltung der freien Hilfskassen, Theiß-Hamburg schließt sich v. Elm an, empfiehlt aber eine einzige Zuschußkasse für ganz Deutschland; ihm schließt sich Blesgen-Hamburg an. Blum-Hamburg ist für Forterhaltung der Kassen, Heine ist dagegen und verwirft auch die Schaffung einer einzigen Zuschußkasse, da deren Verwaltung zu theuer sein werde. Grünwaldt-Hamburg ist gegen die Auflösung der Kassen, ebenso Uhlig-Chemnitz, Fräßdorf-Dresden und Zaffke-Offenbach. Beschlossen wird auf Antrag Deisinger's:

> „Die Konferenz ist der Ansicht, daß auch unter den neuen Bestimmungen des Krankenversicherungs-Gesetzes ein Weiterbestehen der freien Kassen sehr wohl möglich ist, und erwartet deshalb, daß die freien Kassen ihre Thätigkeit wie bisher so auch fernerhin fortsetzen werden."

Diese Abstimmung soll aber keineswegs für die Vorstände bindend sein, da in dieser Sache ja doch endgiltig die Mitglieder zu beschließen haben. Der Antrag wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen. Jäger-Altona beantragt, einer Vereinigung aller freien Kassen zuzustimmen. Nachdem Jäger seinen Antrag empfohlen, indem er für Beitritt zu dem Krankenkassen-Verband plädirt, erklärt Grünwaldt-Hamburg, daß er es für die Aufgabe des Kongresses ansieht, darüber Berathungen zu pflegen, wie man am Besten für alle Zentralkassen Arzt und Arznei beschaffen könne. Legien-Hamburg ist der Meinung, daß bedauerlicherweise die Kassen rein geschäftliche Angelegenheiten sind. Die Mitglieder kümmerten sich deshalb garnicht darum. Im Uebrigen ist er ebenfalls für Verschmelzung aller Kassen. Uhlig und Tillig sprechen in gleichem Sinne. Jäger meint, man solle erst alle Zentral- und alle Lokalkassen verschmelzen, dann würde auch bald eine Verschmelzung aller Kassen herbeigeführt werden. Die weitere Debatte ergiebt nichts Neues. Die Abstimmung über den Antrag Jäger ergiebt dessen Ablehnung. Blume theilt nun mit, daß die Ausgaben für die Konferenz 160 M. betragen. Er schlägt im Namen der Kommission vor, daß Kassen über 50 000 Mitglieder 30 M., über 30 000 15 M., über 20 000 10 M., über 10 000 7,50 M., über 5000 5 M. und bis zu 1000 1,50 M. zahlen mögen. Darauf wird die weitere Berathung auf Mittwoch vertagt.

Der Kongreß des Verbandes deutscher Glasergesellen, welcher am 17. April in Chemnitz zusammentrat, tagte unter Leitung des Herrn Nitzsche-Wiesbaden als 1. Vorsitzenden, Schröder-Hannover als 2. Vorsitzenden, Braun und Bohne (Chemnitz) als Schriftführern. Es waren 40 Städte durch 24 Delegirte vertreten, 5 Mandate von Berlin, Hamburg und Kassel wurden beanstandet, jedoch nach kurzer Debatte für giltig erklärt. Der Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden ergab, daß der Verband jetzt aus 45 Zahlstellen, 16 Einzahlstellen mit zusammen 2957 Mitgliedern besteht. Ein Berliner Delegirter bezweifelt die Richtigkeit der angegebenen Mitgliederzahl, worauf der Vorsitzende erklärte, daß infolge von Nichtbeachtung der An- und Abmeldung es möglich sei, daß sich die Mitgliederzahl etwas reduzire. Ueber den Bericht des Vorsitzenden entstand eine sehr lebhafte Debatte, in welcher besonders die Delegirten von Gera, Mainz, Berlin und Hamburg den Geschäftsbericht als ungenügend bezeichneten und das Vorgehen des Vorstandes in Sachen der Wiener, Hamburger und Berliner Angelegenheit sowie die Nichtbeachtung des Gewerkschafts-Kongresses zu Halberstadt tadelten. Die Abrechnung über die Jahre 1890 und 1891 ergab eine Gesammteinnahme von 13 903,62 M. und eine Ausgabe von 11 954,13 M., so daß am 1. Januar 1892 der Kassenbestand 1949,49 M. betrug. Zur Prüfung der Abrechnung wurde eine Kommission von 5 Mann gewählt. Seitens des Verbands-Ausschusses berichtete Schwechtmann-Halle. Derselbe betonte, daß der Ausschuß während seiner Amtsdauer nur drei Mal in Anspruch genommen sei, und seine Beschlüsse seien in zwei Fällen von Seiten des Vorstandes ignorirt worden. Die Abrechnung des Hauptkassirers habe man in Ordnung befunden. Es folgte der Punkt Statutenänderung. Hier entstand eine lebhafte Diskussion über die zukünftige Gestaltung des Verbandes. Eine Partei wollte, daß dem Verbande mehr der Charakter einer Kampf- und Widerstandsorganisation gegeben werde, während die andere Partei mehr für die Unterstützungsorganisation eintrat. Vertreter der ersteren Ansicht waren Heyne-Gera, Schröder-Hannover, Groß-Mainz, Gefert, Hünnicke und Stampehl-Berlin, Schlüter und Mitscher-Hamburg. Die Vertreter der zweiten Ansicht waren Schippel-Dresden und Eichhorn-Karlsruhe. Nach längerer Debatte wurde mit großer Majorität beschlossen, daß der Verband künftig in erster Linie den Charakter einer Kampforganisation zu tragen hat und erst in zweiter Linie das Unterstützungswesen zu berücksichtigen ist. Daraufhin wurde der auf dieser Ansicht ausgearbeitete Entwurf der Berliner Zahlstelle als Grundlage zu den Verhandlungen angenommen. Der Name der Organisation heißt jetzt: Zentralverband der Glaser Deutschlands und verwandter Berufsgenossen. Der Punkt Beitrag zeitigte eine lebhafte Debatte. Es waren vorgeschlagen wöchentliche Beiträge von 10, 12 und 15 Pf. Angenommen wurden 10 Pf. pro Woche. An Stelle des Stempelsystems führte man das Markensystem ein. Weiter wurde beschlossen: den einzelnen Zahlstellen ist die Art und Weise ihrer Verwaltungsorganisation selbst zu überlassen; Publikationsorgan ist der „Glaser"; die Verbandstage finden alle 3 Jahre statt. Vorort ist Wiesbaden, Vorort des Ausschusses Berlin. Darauf erstattete Schippel-Dresden Namens der Rechnungs-Prüfungskommission Bericht über die Abrechnung. Dieselbe war für richtig befunden worden; demgemäß wurde Decharge ertheilt. In Verschiedenem kam ein Antrag betreffs obligatorischer Einführung des Fachblattes zur Sprache. Der Antrag wurde durch Annahme folgender Resolution erledigt:

> „In Erwägung, daß der obligatorischen Einführung des Fachblattes viele Hindernisse entgegenstehen, wolle man von derselben als verfrüht Abstand nehmen und über alle diesbezüglichen Anträge zur Tagesordnung übergehen. Es sollen jedoch die Delegirten in ihren Zahlstellen für möglichste Verbreitung eventuell für Einführung des lokalen Obligatoriums eintreten." Dem Verleger des Blattes wurde eine vierteljährliche Unterstützung in der Höhe von 50 M. aus der Verbandskasse bewilligt, dafür sind sämmtliche Bekanntmachungen des Vorstandes gratis aufzunehmen. Die Ausarbeitung resp. Umänderung der verschiedenen Reglements wurde der Zahlstelle Berlin übertragen. Die Wahl des Ortes zum nächsten Verbandstage fiel ebenfalls auf Berlin. Betreffs der Maifeier wurde noch eine Resolution angenommen, dahingehend, daß sich die Mitglieder der Zahlstellen an der Feier zu betheiligen haben. Darauf wurde der Kongreß geschlossen.

Versammlungen.

Die freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins ertheilte in ihrer Mitgliederversammlung am 10. April dem Kassirer Oskar Sprenger für die gelegte Kassenabrechnung Decharge. Dann tadelte der Vorsitzende die Interesselosigkeit der Mitglieder bezw. Vorstandsmitglieder und ermahnte die Anwesenden, recht thatkräftig für den Verein zu agitiren, damit unter den Kollegen wieder ein besserer Geist erweckt werde. Hierauf besprach Kollege Unterlauf die traurigen Verhältnisse im Baufach in recht drastischer Weise und unterzog hierbei die Kampfesweise verschiedener Kollegen vom Zentralverband einer scharfen Kritik. Kollege W. Gaßmann schilderte ebenfalls die traurigen Verhältnisse im Baufach und kam hierbei auf die Person des Genossen Keßler zu sprechen, denselben gegen die Angriffe verwahrend, welche von verschiedenen Personen mit so großer Vorliebe ausgeübt würden. Genosse Keßler habe unter dem Ausnahmegesetz vielleicht mit am schwersten gelitten und hat an der Spitze der Maurerbewegung schon Vieles geleistet. Die Ausführungen des Kollegen Gaßmann fanden reichen Beifall. Hierauf wurden dem Kollegen Paul Schröder die aus der Klage gegen den Bauunternehmer Wuttke entstandenen Kosten in Höhe von 15 M. bewilligt. Das Verhalten des Kollegen Grunow, welcher seiner Zeit vom Verein Rechtsschutz gewährt erhielt und auch die entstandenen Kosten von 40 M. bezahlt bekam, wurde von sämmtlichen Mitgliedern gemißbilligt, da derselbe es bis jetzt nicht der Mühe werth gehalten hat, über den Verlauf der Sache Aufklärung zu geben. Alsdann wurde über die Maifeier gesprochen, und fand eine vom Kollegen Böttcher gestellte Resolution einstimmige Annahme, in welcher die heutige Versammlung sich mit dem Parteivorstand hinsichtlich der Stellung zum 1. Mai einverstanden erklärt. Unter Verschiedenem verlas der Vorsitzende das bekannte Schreiben der Geschäftskommission des Vereins der Berliner Gastwirths-Gehilfen, in welchem mitgetheilt ist, daß das graue Erkennungszeichen seine Giltigkeit verloren und das blaue an dessen Stelle getreten. Ferner wurde hauptsächlich auf den kostenlosen Arbeitsnachweis Annenstraße 14 hingewiesen und man ersuchte die Kollegen, bei etwaigen Vergnügungen die Wirthe darauf aufmerksam zu machen. Bezüglich des Stiftungsfestes wurde der Vorstand mit der Erledigung der Lokalfrage beauftragt. Die nächste regelmäßige Mitgliederversammlung findet am 15. Mai statt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 10. d. M. seine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit des Vereins und des Vorstandes. Hierauf verlas Kollege Legeler folgende Abrechnung vom ersten Quartal. Gesammteinnahme 1142,85 M., Gesammtausgabe 466,31 M., Bestand 676,54 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt und dann die Vorstandswahl erledigt. Dieselbe hatte folgendes Resultat: erster Vorsitzender Jänsch, zweiter Pfeil, erster Kassirer Legeler, zweiter Hanisch, erster Schriftführer Hermann Krieg, zweiter Dienert; Hilfskassirer: Schulz für den Norden und Knappe für den Osten, im Westen kassirt Hanisch, im Süden der Hauptkassirer Legeler. Die Wahl des Hilfskassirers für Friedrichsberg, Rummelsburg u. s. w. wurde bis zur nächsten Bezirksversammlung vertagt. Zu Revisoren wählte man die Kollegen Holz und Bielcke und an Stelle der zwei austretenden Rechtsschutz-Mitglieder die Kollegen Karl Schulz, Rüdersdorferstr. 27, und Karge, Friedrichsfelderstraße 29. Hierauf erstattete Kollege Franz Schulze Namens des Ausschusses den Rechenschaftsbericht; danach sind in neun Fällen von 9 bis 15 M. Unterstützung gezahlt worden, ferner wurde drei Kollegen Rechtsschutz gewährt; von den Klagen sind zwei gewonnen, eine beigelegt und eine schwebt noch.

Die Filiale Berlin des Zentral-Verbandes sämmtlicher in der Bürsten- und Pinsel-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 10. April eine Generalversammlung ab, in welcher der Kassirer Kollege Soyka den Kassenbericht über das letzte Vierteljahr erstattete. Es wurde ihm hierfür Decharge ertheilt. In den Verband ließen sich 14 Kollegen aufnehmen. Hierauf ersuchte der Vorsitzende Kollege Lose die Anwesenden, nachdem die so lang ersehnte Einigkeit durch den Zusammenschluß der beiden hier bestehenden Vereine endlich geschaffen und die Zwietracht geschwunden sei, nun auch des Vergangenen zu vergessen und rüstig für die Gesammtorganisation zu kämpfen, damit dieselbe blühen und erstarken möge und die Kollegen einer besseren Zukunft entgegen führen könne. Um den vereinigten Kollegen Gelegenheit zu geben, einen neuen Vorstand wählen zu können, legten folgende Kollegen ihr Amt nieder: Karl Lose, H. Soyka, Franz Beiner, C. Guß, A. Fellmann, H. Gartmann. Aus der Neuwahl gingen hervor: Kollege Jäde, erster Vorsitzender; Kaiser, Stellvertreter; Soyka, Kassirer; Guß, Stellvertreter; Beiner, Schriftführer; Donicki, Stellvertreter; Gartmann und Zwilling, Revisoren. Man beschloß dann, den ersten Arbeits-Nachweis bei Lindemann, Moritzstr. 9, vom 30. April ab fortfallen zu lassen und den zweiten bei Rehlitz, Bergstr. 12, beizubehalten, daselbst befindet sich auch die Herberge. Damit der Arbeitsnachweis richtig geführt wird, wurde eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt. Betreffs des Organs frug Kollege Dann an, ob man, indem die Hamburger Kollegen die auf dem Magdeburger Kongreß beschlossene Preßkommission abgelehnt haben, die „Solidarität" beibehalten oder ein eigenes Organ gründen wolle. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, diese Angelegenheit in einer öffentlichen Versammlung, welche am 28. d. M. stattfinden soll, zu erledigen. Am 1. Mai findet eine Partei nach Hermsdorf vom Stettiner Bahnhof aus statt. Sämmtliche Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen. Treffpunkt früh 9 Uhr bei Rehlitz, Bergstr. 12.

Ein vom Kollegen Soyka eingebrachter Antrag, daß die nächste Mitgliederversammlung im „Vorwärts" bekannt gemacht werden soll, wurde angenommen.

Im Zentralverband deutscher Maurer und verwandter Berufsgenossen (Filiale I) Putzer Berlins und Umgegend hielt am 10. April Herr Dr. Christeller einen Vortrag über Entstehung der Influenza. Der Redner führte aus, daß die Influenza keine neue Krankheit, sondern bereits im Jahre 1887 beobachtet worden und seit dieser Zeit schon 280mal epidemisch aufgetreten ist. Jedesmal habe sie sich von Osten nach Westen verbreitet, nur mit dem Unterschied, daß früher die Verbreitung sehr langsam vor sich ging, wogegen sich jetzt diese Krankheit in einem Zeitraume von 14 Tagen über die ganze Welt verbreitet habe. Was den Keim der Krankheit anbelange, so pflanze sich dieselbe durch Bakterien fort; empfänglich für diese seien hauptsächlich Kinder unter 10 Jahren, alte Leute über 60 Jahren und Frauen. Bei schlecht genährten Personen trete die Krankheit heftiger auf und verursache die meisten Todesfälle. Zur Abwehr der Krankheit sei zum mindesten eine genaue Innehaltung der Arbeiterschutz-Gesetze und der Hygiene nöthig; doch auch das wären nur Palliativmittel. Die beste Verhütung der Krankheiten werde erst dann eintreten, wenn der Arbeiter sein genügendes Auskommen habe. Nachdem der Vortragende noch einige Fragen, die in Bezug auf den Vortrag gestellt waren, beantwortet hatte, wurden verschiedene Vereinssachen geregelt. Unter anderem beschloß man, eine Männer-Fußpartie zum 11. Mai (Bußtag) nach Rüdersdorf zu arrangiren und die Filiale II dazu einzuladen.

Eine Versammlung der Maler, Anstreicher und Berufsgenossen tagte am 11. April. Herr Kölln, der Vertrauensmann der Maler Berlins, theilte den Anwesenden mit, daß er gemäß dem Beschlusse einer öffentlichen Malerversammlung zum 1. Mai Vormittags eine öffentliche Versammlung einberufen habe. Dieselbe finde bei Mundt's statt. Es sei nicht gelungen, zum Abende desselben Tages ein Lokal für ein gemüthliches Beisammensein zu finden, und empfehle er darum, daß sich die Maler den von den Genossen der einzelnen Kreise veranstalteten Festlichkeiten anschließen. Darauf referirte Herr Hohlwegler über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe und die Aufnahme einer Statistik." Er führte aus, daß mit der immer mehr einreißenden Akkordarbeit ein Niedergehen der Löhne Hand in Hand gehe. Ein großer Uebelstand wäre, daß auf vielen Bauten die gesammte Malerarbeit an einige Kollegen in Akkord vergeben werde, welche sich dann andere Kollegen gegen einen ziemlich geringen Lohn zu Hilfe nähmen. Hier heute also der Kollege den Kollegen aus. Dagegen müsse Front gemacht werden, ebenso wie dagegen, daß auf staatlichen und städtischen Bauten der Tarif nicht bezahlt werde. Um Material für ein entsprechendes Vorgehen zu gewinnen, sei auch in diesem Jahre die Aufnahme einer Statistik zu empfehlen. In der lebhaften Debatte betonten mehrere der Redner, daß man dem jetzigen Vorherrschen der Akkordarbeit Rechnung tragen müsse durch Aufstellung eines Akkord-Tarifs. Dies werde wenigstens einen allzu großen Niedergang der Akkordpreise verhindern. Andere Redner machten dagegen geltend, daß verschiedene Kongreßbeschlüsse die Akkordarbeit prinzipiell verwerfen und man sich dementsprechend verhalten müsse. Man beschloß, die ausführliche Behandlung der Frage der Akkordarbeit und der event. Aufstellung eines Akkord-Tarifs einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung zu überlassen. Weiter wurde beschlossen, den Vertrauensmann mit der Ausgabe von statistischen Fragebogen zu beauftragen.

Die Freie Vereinigung aller in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend hielt am 11. April ihre Vierteljahrs-Generalversammlung ab. Es haben im letzten Vierteljahr drei Versammlungen, und fünf Vorstandssitzungen stattgefunden. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 326,88 M. und eine Ausgabe von 199,47 M., mithin einen Bestand von 127,40 M., dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Die Vergnügungskommission theilt mit, daß von der Matinee am 20. März 34,45 M. Ueberschuß vorhanden sind, welcher sofort den beiden erkrankten Kollegen überbracht werden soll. Nachdem noch allseitig gerügt worden, daß ein Kartonarbeiter mit den entnommenen 20 Billets noch nicht abgerechnet hat, wurde die Kommission für ihre Abrechnung entlastet. Aus den Ergänzungswahlen gingen Frl. Marschner als Beisitzerin und Kollege Beelitz als Revisor hervor. Nach einer längeren Debatte über den Arbeitsnachweis wurde beschlossen, mit der Errichtung desselben sofort vorzugehen. Es erhielt dann Herr Dr. Pinn zu seinem Vortrag über das Thema: „Aus alter und neuer Zeit" das Wort. Der Redner unterzog die Verhältnisse von früher im Vergleich zu den heutigen einer eingehenden Kritik und erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Beschlossen wurde noch, die Versammlungsanzeigen im „Vorwärts" nur mittelst einspaltiger Annonce zu veröffentlichen.

Eine Vereinsversammlung der Kürschner berieth am 11. April über die von der vorigen Versammlung zurückgestellten Anträge. So wurde ein Antrag des Hauptvorstandes, dem § 20 des Statuts Abs. 2 eine andere Fassung zu geben, angenommen, dagegen ein Antrag Stuttgart-Cannstadt, einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf. zu zahlen, abgelehnt. Hierauf erstattete der Kassirer Kollege Hübner folgenden Kassenbericht: Einnahme vom 3. Quartal 170,50 M. Ausgabe 165,50 M. Einnahme vom 4. Quartal 104,50 M. Ausgabe 93,45 M. Die Versammlung ertheilte dem Kassirer Decharge. Hierauf erstattete Herr Mertins, Besitzer des Verkehrslokals, Bericht über den Arbeitsnachweis. Danach ist von November bis Februar 32 Kollegen Arbeit nachgewiesen worden und von Februar bis Ende März haben 19 Gehilfen Beschäftigung erhalten, davon 3 nach außerhalb. Es folgte die Wahl des Kollegen Hübner zum Bibliothekar, worauf Kollege Riehm der Versammlung Kenntniß davon gab, daß am 25. April eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher die Delegirten zur Generalversammlung Bericht erstatten würden. Der Vorsitzende theilte sodann noch mit, daß der Gesangverein der Kürschner Weisung erhalten habe, bei der Maifeier sich dem 5. Wahlkreis anzuschließen, wozu Weißensee bestimmt sei, und fordert die Kollegen zu recht zahlreichem Besuche der Feier auf.

Im Fachverein der in Buchbindereien, der Leder- und Pappenindustrie beschäftigten Arbeiter hielt am 11. April Herr Kantarowicz einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Arbeiterhygiene". Unterm Verschiedenen gab der Vorstand den Beschluß des Zentralvorstandes, betreffend die Mitgliedschaft auswärtiger Kollegen, bekannt, welcher dahin lautet, daß, wo am Orte ein Vertrauensmann eines Verbandsvereins oder ein Fachverein existirt, die Kollegen dieses Ortes nicht aufgenommen werden dürfen. Ferner theilte der Vorstand mit, daß in vierzehn Tagen eine Generalversammlung stattfindet, und Kollege Wunschek brachte den Zusatzparagraphen des Arbeitsnachweis-Reglements zur Kenntniß, wonach Kollegen, welche widerrechtlich in den Besitz einer Stelle gelangen, vom Arbeitsnachweis keine Stelle mehr nachgewiesen erhalten.

In der Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter am 11. April erstattete Kollege R. Schmidt Bericht über den Halberstädter Gewerkschaftskongreß. Redner gab eine genaue Uebersicht über die Verhandlungen und ihre Konsequenzen für die Vertrauensmänner-Verbände und meinte, daß nach Annahme der bekannten Resolution die losen Verbände keine Aussicht haben, weiter fortzubestehen. Auch die Musikinstrumenten-Arbeiter müßten Stellung dazu nehmen und sich der allgemeinen Ansicht fügen. Die Form der Organisation sei nicht die Hauptsache; Hauptsache sei vielmehr die Einigkeit, diese stehe höher als die Organisationsform. In der Diskussion sprachen die Kollegen Sparfeld, Wustow, Berg, Krohn, Luther, Pfeiffer, Meyer, Riendorf, Neumann und Blogis. Sparfeld gab einen Ueberblick über die Ansichten der Kollegen in den Provinzen, welch letztere sich dem Verband angeschlossen haben, aber noch vielfach für streng zentralistische Verbände inklinirten, und empfahl, auf der Konferenz in Gera die einmal gewählte Form voll und ganz zu vertreten und die Delegirten dahingehend zu wählen. Sämmtliche anderen Redner, mit Ausnahme Neumann's, traten den Halberstädter Beschlüssen entgegen und empfahlen das Festhalten an der bewährten Organisationsform, welche die Musikinstrumenten-Arbeiter sich einmal gegeben. Gewählt als Delegirte nach Gera wurden die Kollegen Sparfeld, Meyer, Krohn und Pfeiffer.

Eine öffentliche Steinmetz-Versammlung erörterte am 12. April die Frage: „Wie stellen wir uns zu unserem Fremdenverkehr?“ Die Ansichten aller Versammlungsredner gingen dahin, den Fremdenverkehr, beziehentlich die „Fremdengroschen“, das „Platzgeld“ und die „Pfennigkasse“ so viel als möglich den Einflüssen der Innung zu entziehen und in Selbstverwaltung der Kollegen zu nehmen. In Bezug auf den Fremdengroschen wurde einstimmig beschlossen, „die Fremdenunterstützung wieder nach unserm alten bewährten System in die Hand zu nehmen, indem wir einen Fremdenkassirer einsetzen, unabhängig von der Innung, welcher das Fremdengeld kassirt und die Fremdenunterstützung an zureisende organisirte Gehilfen verabfolgt.“ Ein Antrag, die Platzgelder wieder einzuführen, fand wenig Anklang. Man fürchtete, daß bei dieser Art der Unterstützung der Redegewandte die Platzgelder alle fortschleppen, der minder Redegewandte dagegen leer ausgehen würde. Zum Vertrauensmann, welcher das Fremdengeld zu verwalten hat, wählte man den Kollegen Klaar, zu den beiden Revisoren, welche die Uebernahme der Gelder zu prüfen haben, den Kollegen Thormann und Burchard, werden noch hinzugewählt die Kollegen Otto und Wolf.

Eine öffentliche Maurerversammlung vollzog am 15. April cr. zunächst die Wahl zweier Agitationskommissions-Mitglieder auf Grund der in der Feenpalast-Versammlung angenommenen Resolution; gewählt wurden die Herren Blaurock und Behrend. Sodann wurde die Stellungnahme zu der am 15. und 16. Mai 1892 in Braunschweig stattfindenden Konferenz der deutschen Maurer und Wahl der Delegirten zu derselben kurz besprochen. Nachdem Herr Weise die Betheiligung empfohlen, wurden die Herren Blaurock und Wilke gewählt. Letzterer ermahnte darauf die Kollegen, welche auswärts sichere Adressen wüßten, solche ihm anzugeben, zum Zweck kräftiger Entfaltung der Agitation. Die Versammlung wählte noch Herrn Pudlitz, Belforterstr. 16, 4 Tr., bei Zabel, zum Vertrauensmann für den Norden und unterzog dann die Stellungnahme zur diesjährigen Lohnbewegung einer Erörterung. Herr Gröpler verwies darauf, daß im Winter Tausende der braysten Kollegen auf dem Pflaster gelegen haben und es für dieses Jahr zunächst darauf ankommen werde, die Maurer zu organisiren, gleichgiltig, in welche der beiden Organisationen man die Kollegen hineinbekomme. Herr Behrend erklärte, ob in eine Lohnbewegung einzutreten sei, könne jetzt noch nicht entschieden werden. Was die Arbeitslosigkeit betreffe, so habe er erfahren, daß bei dem Kasernenbau am Kreuzberge sieben bis acht hiesige Familienväter zu dem hier üblichen Lohn arbeiten, die Uebrigen habe der Unternehmer aus Wittenberg, wo er selbst her ist, sich mitgebracht; dieselben arbeiten für 40 und 45 Pf. Auf diese Weise wird die Arbeitslosigkeit in Berlin „behoben“. Es sollen sogar Baracken für die fremden Maurer dort errichtet sein! Herr Garde führte an, daß auf einem Bau, auf den er zur Arbeit gekommen (an der Warschauer Brücke), keine Bude zum Umkleiden und kein Kloset errichtet sei. Ein Polizeibeamter, an den sich Redner deswegen gewandt, habe ihn an den Unternehmer, der ihn eingestellt habe, verwiesen. Herr Blaurock führte an, daß auf dem Moabiter Bahnhofe zwar 50 Pfg. Stundenlohn gezahlt aber der Lohn nur alle vierzehn Tage ausgeliefert wurde. Wovon sollten die Leute, die so lange Zeit arbeitslos gewesen sind, die ersten vierzehn Tage leben? Wer eine volle Woche gearbeitet habe, erhalte ganze 10 M. Vorschuß. Bei dem Kirchenbau an der Prenzlauer-Allee werden die Arbeiten im Akkord ausgeführt. Eine spätere Versammlung werde die Frage zu erwägen haben, ob nicht der eine oder der andere der bisher genannten Bauten zu sperren sei. Herr Wilke betonte, es sei nöthig, einen Kampffonds zu bilden, und brachte die untenstehende Resolution ein, indem er hervorhob, daß die lokalorganisirten Maurer Berlins auch früher schon die Arbeiterbewegung außerhalb Berlins mit Geldmitteln unterstützt haben. Herr Kaufmann theilte mit, daß eine Reihe von Unternehmern insgesammt 19 835 M. Krankassengelder unterschlagen hätten. Mit solchen Leuten hätten es die Arbeiter zu thun! Die Resolution Wilke wurde angenommen; dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„In Anbetracht der Thatsache, daß viele Baugeschäftsinhaber trotz des herrschenden Nothstandes sich nicht genirten, fortwährend die Löhne herabzudrücken, jedoch zur Bestreitung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse ein Stundenlohn von 60 Pf. dringend erforderlich ist, erfahrungsgemäß aber dem Arbeiter nur das gewährt wird, was er sich durch eigene Kraft mit den Waffen des Gesetzes erkämpft, so ist es Pflicht aller in Berlin arbeitenden Maurer, auf allen Bauten die Sammlungen zum Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend kräftig zu fördern, um in geeigneter Zeit den Kampf gegen die Ausbeutung unserer Arbeitskraft energisch aufnehmen zu können. Um eine Uebersicht zu haben, wie viel die in Berlin und Umgegend arbeitenden Maurer zu ihrer Befreiung vom Lohnsklavenjoche und zur Förderung der allgemeinen Arbeiterbewegung aufzubringen gewillt sind, beschließt die heutige Versammlung, nur auf die Listen zum Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend zu sammeln, und werden die Vertrauensmänner beauftragt, mit dem Generalfonds nicht nur die speziellen Interessen der Maurer zu wahren, sondern auch die allgemeine Arbeiterbewegung damit nach Möglichkeit fördern zu helfen.

Da zur Förderung der Lohnbewegung ein gutes Fachblatt unentbehrlich ist, so ist es Pflicht aller Maurer, auf den „Bauhandwerker“, das älteste Fachblatt der Maurer, zu abonniren.“

Beschlossen wurde noch, es solle jeder Maurer den Vertrauensleuten mittheilen, wieviel Lohn er erhalte; die Vertrauensmänner werden daraus eine Uebersicht zusammenstellen, die Namen ihrer Gewährsmänner aber nicht nennen.

Der Glasergesellschaft Berlins und Umgegend legte am 12. April der Kassirer folgende Abrechnung vom 1. Quartal vor: Einnahme 223,65 M., Ausgabe 125,05 M., Bestand 98,60 M. Es wurde ihm Decharge ertheilt. Hierauf wählte man die Kollegen H. Schulz und Strauß zu Revisoren. In der regen Diskussion über den Lohntarif wurden unter der Rubrik „Akkordpreise“ die Anträge der Kommission auf feststehende Wände und Dachverglasung angenommen und darauf vertagte man die Diskussion bis zu einer der nächsten Versammlungen. Im Weiteren wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Zur Stärkung des Agitationsfonds wird eine wöchentliche Extrasteuer von 10 Pfg. erhoben. 2. Die Maifeier begeht der Verein im 2. Wahlkreis in der Bockbrauerei. 3. Der Arbeitsnachweis ist von jetzt ab an den hohen Feiertagen geschlossen. Zu Revisoren des Arbeitsnachweises wurden die Kollegen Baden, Strauß und Plannann gewählt.

In der öffentlichen Kellnerversammlung am 14. April sprach Kollege Pötzsch über „Die Bedeutung des 1. Mai“. Der Redner ging dabei speziell auf die im gastwirthschaftlichen Gewerbe obwaltenden Verhältnisse ein, kritisirte die in demselben übliche lange Arbeitszeit und kam zu dem Schluß, daß die Angehörigen keines Berufs mehr berechtigt sind, auf Verkürzung der Arbeitszeit zu dringen, als gerade die Gastwirths-Bediensteten. Kollege Wegner schloß sich im Wesentlichen den Ausführungen des Referenten an. Es wurde hierauf folgende vom Kollegen Ströhlinger gestellte Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, die Vorbereitungen zu einer Maifeier der Gastwirths-Gehilfen einem Komitee von 7 Mitgliedern zu übertragen.“

Da es den Gastwirthsgehilfen nicht möglich ist, am 1. Mai zu feiern, so bestimmte man den 3. Mai zum Festtage. In das Vergnügungs-Komitee wurden Schröder, Weinacht, Polter, Ströhlinger, Hochstätter, Thomas und Kraushaar, und in die Agitationskommission Pönitz, Wegener und Kraushaar gewählt. Ein Antrag Ebert's, das Bureau der Versammlung zu beauftragen, den Minister v. Berlepsch durch eine Denkschrift an sein gegebenes Versprechen in Bezug auf die Ausarbeitung eines Spezialgesetzes für die Angestellten des Gastwirthsgewerbes zu erinnern, fand einstimmige Annahme. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Die letzte Generalversammlung der Kistenmacher nahm folgende Abrechnung vom ersten Quartal entgegen: Ausgabe 55,45 M., Einnahme 45 M., Defizit 10,45 M., alter Bestand 55,29 M., jetziger Bestand 44,84 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Die Vorstandswahl vertagte man nach lebhafter Debatte und verhandelte dann über die Arbeitsniederlegung in der Haida'schen Werkstelle. Nach der Einstellung der Arbeit ist die Werkstelle sogleich von anderen Kollegen wieder besetzt worden. Man tadelte die Haida'schen Kollegen, weil sie ihr Vorhaben dem Vorstand nicht mitgetheilt hatten, und meinte, daß sich die Sache vielleicht in Güte hätte regeln lassen, fand aber im Uebrigen die Handlungsweise für korrekt. Es wurde hierauf eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung das Vorgehen der Haida'schen Kollegen für gerechtfertigt erklärte und ihre Entrüstung über die bei jener Firma arbeitenden Kollegen aussprach, da dieselben bis zu ihrem dortigen Eintritt in Arbeit gestanden hätten, demnach nicht gezwungen gewesen wären, daselbst anzufangen. Ferner beschloß man, die übliche Landpartie diesmal durch eine Herrenpartie zu ersetzen, welche drei Wochen nach Ostern stattfinden soll. Das Weitere ist dem Vorstand überlassen.

Buchdrucker Berlins! Sonntag, den 24. April, Vormittags 10½ Uhr: Allgemeine Buchdrucker-Versammlung im großen Saale der Berliner Bock-Brauerei.

Central-Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse der deutschen Schmiede. Heute Abend 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Bolzmann, Andreasstr. 58.

Verein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen. Heute Abend 8 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75: General-Versammlung. Vortrag des Herrn Kiesmann über: Körperliche und geistige Prostitution.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. Nr. 29 und 89 in Hamburg.) Heute Abend 8½ Uhr bei Rölig, Neue Friedrichstraße 44, Sitzung der Ortsdeputirten der Filiale Berlins und Umgegend.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag Abends 8½—10½ Uhr. Süd-Schule, Hagelsbergerstraße 43, Unterricht in Rechnen. Südost-Schule, Reichenbergerstr. 183, Unterricht in Geschichte (alte). Ost-Schule, Markusstraße 31, Unterricht in Rechnen. Nord-Schule, Müllerstr. 170a, Unterricht in Deutsch (mittleres). Chemie. In alle Lehrfächer können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- u. Diskutirklubs. Donnerstag. Diepgen, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Wiesenstr. 39. — Neue Zeit, Abends 8½ Uhr, Boyenstr. 40, bei Giesholt. — Süd-Ost, bei Volksdorf, Schauer- und Görlitzerstraßen Ecke. — Spinoza, Abends 8½ Uhr, bei Hoffmann, Wrangelstr. 82. — Heine, Rixdorf, Abends 8½ Uhr, bei Keller, Kniesebeck- und Hermannstraßen-Ecke. — Herwegh, Abends 8½ Uhr, Reichenbergerstraße 54, Ecke Lausitzerstraße, bei Schayer.

* * *

Alle Abänderungen, welche den Arbeiter-Sängerbund oder den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffen, sind nur an die Vorstände derselben zu richten.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Donnerstag. Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstraße 9, bei Prog. — Unverzagt, Köpenickerstraße 127a, bei Küster. — Kornblume, Blumenstraße 64, bei Mattke. — Frühlingsluft, Fletthewstraße 6, bei Bartel. — Brezelschuß, Annenstr. 16, bei Feßner. — Weiße Rose, Reinickendorf, Residenzstr. 101, bei Carus. — Morgenroth 1, Rummelsburg, Berlinerstr. 9, bei Friesecke. — Dorfglöcklein, Wilmersdorf, Berliner- u. Auguststr.-Ecke bei Schulz. — Echo, Alte Schönhauserstr. 42, bei Reimann. — Einigkeit, (Hutmacher), Pappel-Allee 3—4, bei Krause. — Zukunft 1, Steglitz, Kurhaus Friedenau. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 19, bei Gerth. — Veilchenblau, Kottbuser Damm 59, bei Jakob. — Zukunft 2, Nieder-Schönhausen, Lindenstr. 23. — Ostpreußischer Männer-Gesangverein, Jüdenstr. 55, bei Frischmann. — Edelweiß, Melchiorstraße 15, bei Stehmann. — Borar, Admiralstraße 38, bei Bülow. — Seeger'scher Gesangverein, Blumenstraße 46, bei Wenck. — Maiglöckchen 2, S.-O., Manteuffelstr. 67, bei Springstubbe. — Eintracht, Glienicke bei Adlershof, bei Keller. — Einigkeit 2, Groß-Lichterfelde, Amalienstraße, bei Hann. — Hoffnung 2er, Brandenburg, Neust. Markt 2, bei Wendhorst. — Freie Sänger, Langestr. 108, bei Rebelin. — Zukunft 3, Weiten, bei W. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Lindenstr. 106, bei Poppe. — Nordstern, Müllerstr. 7 bei Reichardt. — Morgengrauen, (Bäcker), 2 bis 6 Uhr Nachmittags, Landsbergerstr. 31, bei Muscheld. — Liedes-Echo, Reichenberger- und Forsterstraßen-Ecke, bei Spindler.

Fund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Donnerstag: Humoristischer Verein Pankenschwengel, bei Sommer, Stallschreiberstr. 38. — Musikverein Anima, bei Schmidt, Wrangelstr. 141. — Geselliger Verein Grüne Eiche, (vor dem Halle'schen Thor), bei Kutzorke, Selmstr. 1. — Vergnügungsverein Hilaritas, bei Tempel, Breslauerstr. 27. — Rauchklub Graue Wolke, bei Zörle, Krautstr. 6. — Theaterverein Fideler Geist, bei Schneider, Adalbertstr. 8.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Männer-Gesangverein Alt-Dessau, Abends 9 Uhr, bei K. Niemann, Görlitzerstraße 42. — Gesangsabtheilung des sozialdemokratischen Arbeitervereins für Weißensee und Umgegend. Donnerstags und Sonnabends Abends bei Müller (Pfeifenmüller), Königs-Chaussee. — Männer-Gesangverein Tyrolienne, Abends 9 Uhr bei Faulmann, Reichenbergerstr. 73a. Musikverein Osiris, Abends ½9 Uhr, bei Roll, Adalbertstr. 21. — Musikverein Frisch-Auf, Annenstr. 14, bei Ehrenberg.

Theaterverein Lessing, Abends 9 Uhr, bei Muscheld, Landsbergerstraße 31. — Privat-Theaterverein „Fideler Geiß 2“, Abends 9 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18.

Turnverein Gesundbrunnen (Behrings-Abtheilung) turnt Montag und Donnerstag Abend von 8—10 Uhr, in der Turnhalle, Hanffr. 26.

Geselliger Verein Freiheit, Abends 9 Uhr, bei Thierbach, Schwedterstraße 44. — Geselliger Verein Regina, Oranienstr. 131, bei Seifert. — Geselliger Klub Blau-Veilchen, Abends 9 Uhr, Annenstraße 9 bei C. Prog. — Verein ehemaliger 22. Gemeindeschüler, punkt 9 Uhr, bei Schröder, Stallherstr. 18. — Pferdefreunde Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Helterhoff, Antonstr. 6. — Freundschaft, Abends 9 Uhr, bei Scholz, Kastanien-Allee 35.

Rauchklub Kollegia, Abends 9 Uhr, in Bernhardt's Destillation, Skalitzerstr. 41. — Rauchklub Waldesgrün, Abends 8½ Uhr, Restaurant R. Kohlert, Reichenbergerstr. 131a. — Rauchklub Ohnesorge, Abends 9 Uhr, in Rogge's Bierhaus, Kohlenufer 2. — Rauchklub Kernspitze, Abends 8½ Uhr, bei A. Böttl, Rüdersdorferstr. 2. — Rauchklub Arcona, Abends 9 Uhr, bei Stemenlinski, Reichenbergerstr. 71. — Rauchklub Arabi Pascha, Abends 9 Uhr, bei Berndt, Perlebergerstr. 17.

Skatklub Tournee, Abends 8½ Uhr, bei Ullrich, Wrangelstr. 84. — Skatklub Rückwärts, Abends 8½ Uhr, bei Arndt, Pallisadenstr. 47.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Aufruf an alle zielbewußten Arbeiter Berlins und Umgegend!

Arbeiter, Parteigenossen! Die unterzeichnete Kommission wurde voriges Jahr in einer öffentlichen Versammlung der Barbiere gewählt, um die der Arbeiterbewegung fern stehenden Kollegen für dieselbe zu gewinnen, und sie richtet nun hiermit an Euch die dringende Bitte, sie bei dieser Aufgabe dadurch zu unterstützen, daß Ihr unter den Euch bedienenden Barbierherren u. s. w. für den Beitritt zu unserer „Freien Vereinigung selbständiger Barbiere, Friseure und Perrückenmacher Berlins und Umgegend“ agitirt. Zeigt dadurch, daß Ihr mit unserm Kampf gegen die Innungsleute einverstanden seid. Geschieht dies, dann ist uns der Sieg über die Innung sicher, und es wird uns gelingen, die indifferenten Kollegen aufzurütteln und der gerechten Arbeitersache zuzuführen.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag

Die Agitations-Kommission
der Freien Vereinigung selbständiger Barbiere, Friseure und Perrückenmacher Berlins und Umgegend.
J. A.: Emil Wegener, Bernauerstr. 45/46.

Vermischtes.

Der „Reichs-Anzeiger“ meldet: Ein am 16. d. M. in Berlin ausgegebenes Extrablatt theilte unter der Ueberschrift „Eisenbahn-Katastrophe“ mit, daß am Nachmittag des 15. d. M. zwischen Marienwalde und Arnswalde (Stationen der Stargard-Posener Bahn) zwei Personenzüge zusammengestoßen und infolge dessen 2 Bremser, sowie 6 Reisende getödtet und mehrere verwundet seien. Nach den sofort angestellten amtlichen Ermittelungen ist diese Meldung durchweg erfunden. Erheblichere Unfälle werden übrigens von den Königlichen Eisenbahnbehörden stets so schnell als thunlich amtlich zur öffentlichen Kenntniß gebracht. — Ein Marienwalder Genosse theilte uns ebenfalls mit, daß die Nachricht von dem Eisenbahnunglück erfunden ist.

Eine Feuersbrunst in Soppau bei Leobschütz, die 19 Gebäude zerstörte, ist durch Kinder verursacht worden. Diese hatten mit Zündhölzern gespielt und einige derselben brennend in Stroh geworfen. Kurz nachdem das Feuer das Wohnhaus des Gärtners Lerch ergriffen hatte, standen zehn in der nächsten Umgebung befindliche, mit Stroh gedeckte Häuser und neun Scheunen in hellen Flammen. Es konnte nichts gerettet werden; Stroh- und Getreidevorräthe, Hausrath, Ackergeräthe und Maschinen verbrannten. Hunderte von Hühnern, Gänsen, Ziegen, Schafen u. s. w. sind in den Flammen umgekommen. — Aus Mödlau in Mähren wird eine Feuersbrunst gemeldet, der 45 Häuser und drei Menschen, die erstickten, zum Opfer fielen.

Bürgerliche Welt, erbleiche! Die Grundvesten deiner Wirthschaftsordnung wanken. Der Hauptkassirer Jäger des Frankfurter Hauses Rothschild fehlt. Er war zwanzig Jahre bei Rothschild; sein Vater war ebenfalls Hauptkassirer jenes Hauses. Die Kasse ist zur Kontrolle geschlossen worden. Jäger soll an der Börse spekulirt haben. Sei dem wie ihm wolle. Er that nur das, was du thust, denn auch du spielst mit fremden Geldern an der Börse, nämlich mit dem Mehrwerth der Arbeit, den du dem Proletarier vorenthältst.

Das kalte Wetter hat im ganzen Norden und Osten Frankreichs die Saaten sehr geschädigt. In Burgund sind viele Weinstöcke verloren. Savoyen und die Dauphiné sind in gleicher Weise betroffen. In Grenoble liegt der Schnee 10 cm hoch bei 2 Grad Kälte. Aus Toulon, Cahors, Bordeaux und Tours wird gemeldet, daß der Frost die Weinberge schwer heimsucht. Bei der Landbevölkerung hat überall eine trostlose Stimmung platzgegriffen. — In den Kantonen Zürich, Thurgau und Schaffhausen haben Schneefälle unter den Saaten u. s. w. großen Schaden angerichtet.

Der Waadtländer Staatsrath hat den Steuereinnehmer Vessaz aufgefordert, sich wegen der Anklage, in einer Eisenbahnangelegenheit von fremden Börsenleuten bestochen worden zu sein, zu rechtfertigen. — Der zweite internationale Kongreß für Chemie ist am 19. in Genf eröffnet worden.

Durch Blitzschlag gerieth der Dom zu Udine in Brand. Die Metallkuppel ist abgeschmolzen.

In Florenz sind aus der Villa Imperialino der russischen Gräfin Ribau Werthpapiere und Kostbarkeiten angeblich im Werthe von 120 000 Frks. gestohlen worden.

Kalifornien wurde am Dienstag von einem starken Erdbeben, dem heftigsten seit dem Jahre 1868, heimgesucht. In San Francisco wurden mehrere Gebäude in ihren Grundvesten erschüttert. Das Zentrum der Bewegung war Vacaville, wo eine Anzahl von Gebäuden ganz zerstört wurde.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Fürth, 20. April. Der Magistrat und das Bezirksamt untersagten alle demonstrativen Umzüge am 1. Mai.

Rom, 20. April. Der Minister des Innern hat für den 1. Mai alle öffentlichen Versammlungen verboten.

London, 19. April, Abends. Die letzte Abstimmung unter den Bergleuten zu Durham ergab eine Mehrheit von über 10 000 Stimmen, welche sich für die Fortsetzung des Streiks aussprachen.

New-York, 20. April. Die New-York-Pennsylvanien-Eisenbahn machte heute einen Vorstoß gegen den Kohlenring, indem sie die Kohlentarife herabsetzte.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36 Potsdamerstr. 57/58, empf. s. g. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. ges. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. ges. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 2033L

Echt Stonsdorfer, Bitter-Liqueur, Ltr. 1,20 Mk., 10 Ltr. 10 Mk. **Johannisbeer-Wein,** vorzüglich, Flasche 55 Pf., 10 Fl. 5 Mk. **Maitrank,** frischen, Flasche 65 Pf., 10 Flaschen 5,50 Mk. **Tokayer,** med. süßer Ungarwein, Literfl. 2,10 Mk. **Himbeer, Kirsch, Johannisbeersaft,** Liter 1,20 Mk. **Eugen Neumann & Co.,** 6a Belle-Alliance-Platz 6a, 81 Neue Friedrichstr. 81. [513M

Meyer's Lexikon, auch Brockhaus kauft 564M Bauer, Rüdersdorferstr. 36.

Zwei möbl. Schlafst. zu verm. bei Genossin Jahn, Görlitzerstr. 42, v. IV.

Anst. Mädch. od. Herr f. Schlafstelle Oranienstr. 100, v. 4 Tr. l. 2537b

Empfehle den Vereinen und Genossen meine Bilderhandlung und Sinnsprüche (eigenes Fabrikat), Lassalle, Marx ꝛc., auch zu Verloosungen nebst Dekoration, sowie Lassalle-Büsten (62 cm zu 6 M.), Marx-Büsten 42½ cm, Stocklaternen ꝛc. **M. Richter,** 22762 Inh. der Firma Fröhlich u. Richter, Berlin O., Grüner Weg 65.

Fertige Betten, großer Stand, Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, mit gereinigten neuen Federn, 12 Mk. **Fertige Inlets,** Bettwäsche, Matratzen, alle Arten Stepp-, Schlaf- und Bettdecken, Polsterbettstellen empfiehlt billigst das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Künstliche Zähne 2 Mark. Plomben von 1,50 M. an. **Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8—7 Uhr.** Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Vereinsabzeichen, Stempel u. Gravirung, empf. d. Genossen **G. Kleist,** Waldemarstr. 48.

Arbeitsmarkt.

Eine gute **Wickelmacherin** verl. **Gustav Richter,** 2536b Landsberger Allee 145.

Korbmacher, tücht. Gestellarbeiter auf Gartenmöbel verlangt, sofort. 2523b **R. Lankau,** Hallesche Str. 9.

Kinderwagen, größt. Lager, billigste Preise von 7 M. an. a. Theilzahl., Oranienstr. 3 i. Korbgesch.

Restaurations-Verkauf im S.O., passend für Genossen. Näh. bei **Senf,** Skalitzerstr. 18, I. 502M

Grosse Betten 12 Mk. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) **mit gereinigten neuen Federn** bei **Gustav Lustig,** Berlin, Prinzenstraße 43. Preiscourante gratis und franko. Viele Anerkennungsschreiben. 2253L

Kinderwagen und Reisekörbe, über 200 Stück, i. Einzeln. bill. zu verk. in d. Korbwaarenfabr. **Invalidenstr. 105.**

Verantwortlicher Redakteur **August Enders** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.